

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspunkt monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. ohne Zustellung abgeltend / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-11. Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: 17.219 / Druckerei: Dresden Nr. 18.690. Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H. Geschäftsstelle: Dresden-11. Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: Amt Dresden Nr. 17.239 / Druckerei: Arbeiterfilmkunst Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochenende 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Umlaufpreis: Die neuromal gesetzte Nummernzeile oder deren Raum 0,15 RM. für Familienangehörige 0,20 RM. für die Zeitungsecke anstehend an den dreisitzigen Teil einer Zeitschrift 1.—20 RM. Umlaufpreis: Wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Ausgabe Dresden-11. Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeitszeitung" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung bei Rechnung oder auf Durchzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Freitag den 15. Juni 1928

Nummer 138

Die Volkspartei differt die Koalition

Reichstagspräsidium mit Stahlhelm-Konzeßion / Die SPD ermöglicht den deutschnationalen Vizepräsidenten
Große Koalition auch in Preußen / Der Streitabwürger Brauns bleibt Arbeitsminister

Präsidiumswahlen im Reichstag

Die drei Stunden der gestrigen Reichstagsfahrt wurden rechts mit den Wahlen zum Präsidium ausgefüllt. Die Geheimzettel der Hermann Müller'schen Großen Koalitionsregierung gaben diesen Wahlen bereits ein charakteristisches Gepräge. Ganz zu gern hätten die Sozialdemokraten ein sogenanntes Weimar-Präsidium zusammengeschoben. Über die vielfamvorbenen Koalitionskandidaten von der Deutschen Volkspartei können der neuen Vernunft sie zu Gefallen ihre Liebesseide mit den Deutschnationalen nicht so schnell vergessen. Sie machen einen regelwidrigen Seitenprung, indem sie für den 3. Vizepräsidenten den Deutschnationalen Gräß vorschlagen. Die SPD aber trampelte wieder einmal ihre geplante Parlementsdemokratie dem Regierungsschach zuliebe mit Füßen und verhalf durch ihren Abstimmungsselbstanzug dem Stahlhelmer gegen den Kommunisten zu dieser Würde, obwohl der KPD nach alter Reichstagsbrauch, gemäß ihrer Fraktionsstärke, dieser Posten zu stande. „Konzeßion der Großen Koalition an den Stahlhelm“, erholte es von den kommunistischen Bänken. In der Tat diente Herr Gräß im neuen Reichstagspräsidium die Rolle des Mittlers weiter nach rechts hin auszufüllen. Auch die stürmische Begüßwürdigung des wiederum zum 1. Präsidenten gewählten Herrn Löbe durch den Bürgerblößfanzler a. D. — minutenlang lähmte es aus, als wolle Marx Löbes schwule Rechte ausstreichen — diente im Sinne der Fortsetzung der Bürgerblößpolitik gewertet werden.

Im Parkett aber rutschten noch vorläufig Hermann Müller und Karl Severing in schwer zu bemeisternder Unruhe auf ihrem für höhere Regionen bestimmten Holzenboden umher. Philipp Scheidemann, der Wielbelaute, versucht inzwischen durch weise Leichungen ihr Kampfesfeuer zu dämpfen. — Im übrigen gehen die Zettelwahl in tödlicher Langeweile vor sich; die Tribünenbesucher sehn sich abermals um eine erwartete Sensation betrogen. Nur gegen Schluss wird es einen Moment lang lebhaft, als ein Arbeitsloser die Not der Rationalisierungsopfer in den Saal schleuderte. Die Rechte antwortete mit mißehnendem Gelächter, während der Demonstrant von den Dienern aus dem Saal geführt wird.

Bei der Wahl des Präsidiums gab für die kommunistische Fraktion Genosse Stoeder eine Erklärung ab, die unsere Leser an anderer Stelle abgedruckt finden.

Da der vom Zentrum beantragte Wahl des 1. Präsidenten durch Zusatz durch die Nationalsozialisten widerprochen wird, muß Abstimmung mit Stimmzettel erfolgen. Hierbei wird Löbe mit 315 Stimmen gewählt. Genosse Thälmann erhält 46 Stimmen, Gräß (Nat.-Soz.) 12 Stimmen, 70 Zettel waren unbedeutend.

Löbe dankt für die Wahl mit einem verbindlichen Schmunz, indem er u. a. sich als Aufgabe vor allem Wahrung der Würde des Parlaments und die Revision der Gesetzesordnung stellt. Seine Ausführungen gehen in den lebhaften Unterbrechungen und Beifallstundgebungen unter. Als die Deutschnationalen zum 2. Vizepräsidenten Herrn Gräß vorschlagen, dessen Name durch den Genossen Noonen mit der Bemerkung: „Der Rauschmeister“ begrüßt wird, erstellt der neue Präsident bereits seinen ersten Ordnungszettel, worauf ihm zugeschrieben wird: „Es geht schon los!“ (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.) Dittmann, SPD, schlägt als 1. Vizepräsidenten den Zentrumsmann Esser vor, — weil die Deutschnationalen sich angeblich durch Abgabe weiterer Stimmzettel bei der Wahl des 1. Präsidenten den Anspruch auf den 2. Präsidenten verlieren haben. (Niemand im Hause ist sich darüber im Zweifel, daß diese Begründung nichts weiter als ein Manöver ist, um die Abstimmung des kommunistischen Kandidaten für den 3. Vizepräsidenten zu bemühen.)

Da im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit erhält — unsere Genossen haben abermals für Thälmann gestimmt —, findet Stichwahl zwischen Gräß und Esser statt. Esser geht mit 240 Stimmen durchs Ziel, unsere Genossen haben sich der Stimmzettel enthalten. Auch bei der Wahl des 2. Vizepräsidenten, wofür von den Deutschnationalen abermals Gräß, von den Sozialdemokraten Freiherr v. Kardorff (Deutsche Volkspartei), von den Kommunisten Genosse Thälmann vorgeschlagen war, erhält kein Kandidat die absolute Mehrheit. Wiederum laufen die Diener mit den Urnen zur Stichwahl durch den Saal. Unter stürmischer Heiterkeit stellt schließlich der Präsident fest, daß Herr v. Kardorff genau die 203 zur absoluten Mehrheit notwendigen Stimmen erreicht hat.

Zum Dank dafür schlägt Scholz (Deutsche Volkspartei) nunmehr für den Posten des 3. Vizepräsidenten den deutschnationalen Herrn Gräß-Thüringen vor. Die Demokraten unterbrechen über ihren Kandidaten, Frau Dr. Bäumer, während Genosse Stoeder den Genossen Gedanke zum Vorstellung bringt. Der Sozialdemo-

rat Dittmann erklärt, daß seine Partei für den demokratischen Vorschlag stimmen werde. Im ersten Wahlgang ergibt sich folgendes Resultat: Gräß 199, Bäumer 150, Gräßke 64, Esser (Nat.-Soz.) 12 Stimmen; 22 Stimmen sind ungültig, 2 zerplatzt. Es müssen auch ein halbes Dutzend Sozialdemokraten für den Genossen Gräß votiert haben, desgleichen dürften die Stimmenthaltungen in den Reihen der SPD zu suchen sein. Bei der Stichwahl erreichen dann die Dittmänner ihr Ziel: der deut-

nationale Gräß wird mit 205 Stimmen gegen 107 Stimmen, die auf Frau Dr. Bäumer fallen, bei 58 ungültigen Stimmen zum 3. Vizepräsidenten gewählt.

Die Wahl der 12 Schriftführer wird in einem Wahlgang vorgenommen. Auf Vorschlag des Präsidenten verträgt sich das Haus nach Annahme des kommunistischen Antrages auf sofortige Entlassung des Genossen Kippenberger auf Freitag 15 Uhr. Zur Beratung stehen die Amnestieanträge.

Edel als Agent des Parteivorstandes

Der kommunistische Antrag für Auflösung des Sächsischen Landtages abgelehnt

Dresden, 14. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

In der Donnerstag-Sitzung des Sächsischen Landtages kam es bei der Beratung des kommunistischen Auflösungsantrages zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Diese Auseinandersetzungen sind ein Beispiel für den unvermeidlichen Klärungsprozeß, der jetzt innerhalb der sächsischen Arbeiterschaft eingeleitet wird. Bisher versuchten die sozialdemokratischen Führer in Sachsen immer noch durch allerlei Manöver einen Widerstand gegen die Koalitionspolitik vorzutäuschen. Eine klare, eindeutige und einheitliche Stellungnahme in den drei sächsischen Bezirken wurde vermieden. Das Ergebnis der gestrigen Landtagssitzung schafft nunmehr ein klares Bild: Zustimmung der „Linke“ zur Großen Koalition. Wir beglücken diese Tatsache im Interesse der Klärheit innerhalb der Arbeiterschaft.

Vor gefüllten Tribünen begründete Genosse Böttcher den Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion auf Auflösung des Landtages. Böttcher gab einleitend einen Überblick über das Wahlkreiswahl und seine Rückwirkungen auf die politische Lage in Sachsen. Er charakterisierte den Zusammenbruch und die Krise in der USPD, die mit der Regierungskrise in Sachsen auf das engste zusammenhängt. Die Bestrebungen, zwischen USPD und SPD auch in Sachsen eine gemeinsame Plattform zu finden, kommen in der Presse offen zum Ausdruck. Hierzu behandelte Genosse Böttcher die Stellung der sächsischen sozialdemokratischen Führer zur Koalitionspolitik. Die politische Auseinandersetzung gestaltete sich zu einer scharfen Abrechnung mit dem Zentristismus. Auf den sozialdemokratischen Bänken steigerte sich die Hilflosigkeit von Minute zu Minute. Verlegenes Lachen und hysterisches Schreien wechselten miteinander ab. Die Unruhe steigerte sich, als Genosse Böttcher von den sozialdemokratischen

Abgeordneten eine eindeutige Erklärung über ihre Stellung zur Koalitionspolitik und zu den gegenwärtigen Verhandlungen über die Reichsregierung forderte. Zwei Wege stehen vor den „Linke“ Führern: entweder eindeutige Klassenopposition gegen die Koalitionspolitik und Spaltung der SPD, oder Koalition mit der Bourgeoisie und Bankrott der „Linke“. Ein Drittes gibt es nicht. Die Naturgesetze des Klassenkampfes treiben mit größter Schnelligkeit zu dieser Entwicklung. Durch Zwischenrufe geben die sozialdemokratischen Führer zu erkennen, daß sie sich für den Weg der Koalitionspolitik entschieden. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden jetzt die proletarische Antwort nicht schuldig bleiben. Zum Schluß charakterisierte Genosse Böttcher unter steigendem Lärm der sozialdemokratischen Abgeordneten die politische und theoretische Verlumpung der SPD, wie sie in der Fassung von Marx und Engelsburg-Zitaten in der letzten Zeit zum Ausdruck gekommen ist. Die Kommunistische Partei wird die Arbeiterschaft auf dem Boden des Klassenkampfes für den Sieg des Sozialismus sammeln und die Einheitsfront für den Sieg der Bourgeoisie aufrichten.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion

schickte in der Sitzung als Redner zum Auflösungsantrag den Abgeordneten Edel vor, denselben Edel, der „Opposition“ auf dem Parteiausschuß machte. Böbel, der sonst Hauptredner der Fraktion ist, hat diesmal verzichtet. Er fühlt sich der ihm zugedachten Rolle scheinbar nicht gewachsen. Die Rede Edels war gleichbedeutend mit einer vernichtenden Bankrotterklärung des Zentristismus. Edel erklärte im Einvernehmen mit Böbel, die „Linke“ seien niemals gegen die Koalitionspolitik gewesen. Seine weiteren Ausführungen gipfelten in einer schamlosen demagogischen Hetze gegen die Kommunisten. Edel argumentierte mit den bereits hundertmal widerlegten Märschen über angebliche Unterstützung der preußischen Koalition durch die Kommunisten mit Fälschungen der Zitate Rosa Luxemburgs und ähnlichen Dingen. Seine Rede war eine einzige Verteidigung der Parteivorsitzendenpolitik.

Kein Wort gegen die Koalitionspolitik, kein Wort über das „Aktionsprogramm“ der „Linke“, kein Wort über die Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiter an den neuen Reichstag. Kurzum, eine bedingungslose Unterwerfung unter die Taktik der Koalitionspolitik. Während der Rede Edels kam es zu wiederholten scharfen Zusammenstichen zwischen dem Genossen Böttcher und dem sozialdemokratischen Redner. Auf die Zwischenrufe, er solle eine klare Antwort auf die Frage nach der Koalitionspolitik geben, antwortete er mit neuer Kommunistenhebe und bestätigte damit, daß die „Linke“ bereit sind, die Reichsstaatlichkeit um jeden Preis zu verteidigen. Edel gab gleichzeitig zu, daß die sozialdemokratischen Führer auch für Sachen die Koalitionspolitik in nächster Zeit durchführen wollen. Mit der einzigen Einschränkung: nicht in diesem Landtag.

In seinem Schlußwort charakterisierte Genosse Böttcher die Rede Edels als

eine entscheidende, wethin sichtbare Schwenkung der sozialdemokratischen Führer

in Sachsen zur Koalitionspolitik, als Angebot an die Wieder vereinigung mit der USPD und als Bereitschaftserklärung für eine Koalitionsregierung in Sachsen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten versuchten am Schluß unseres Redner niedezubrüllen. Trotz des Schreis und

Klärung der KPD-Reichstagsfraktion

Im Auftrag der kommunistischen Fraktion gab der Genosse Stoeder bei der Präsidentenwahl folgende Erklärung ab:

„Die kommunistische Reichstagsfraktion erhebt als vierstöckige Fraktion Anspruch auf den dritten Vizepräsidentenposten und schlägt dafür den Abgeordneten Gräßke vor. Gegenüber den Versuchen der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit, unserer Fraktion diesen Anspruch mit oder ohne Bedingungen streitig zu machen, erklären wir:

Die sozialdemokratische Fraktion hat entgegen ihrer früheren Praxis die Zustimmung zur Wahl unseres Kandidaten davon abhängig gemacht, daß unsere Fraktion für die Vorschläge der anderen Parteien zum Posten der Präsidenten und Vizepräsidenten stimmt. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Mai 1924 den Anspruch der Deutschnationalen, der damalsstärksten Fraktion, auf den Präsidentenposten bekräftigt und ausdrücklich einen Gegenkandidaten nominiert. Bei der Konstituierung des leichten Reichstages im Januar 1925 haben die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei den Anspruch der Sozialdemokraten, der damalsstärksten Fraktion, auf den Präsidentenposten bestätigt und Gegenkandidaten aufgestellt. Dennoch erklärte die sozialdemokratische Fraktion damals den Anspruch der Deutschen Volkspartei auf den dritten Vizepräsidentenposten an und stimmte für ihn. Heute aber bestätigt sie der kommunistischen Fraktion aus Koalitionsgründen einen solchen Anspruch. Die Deutsche Volkspartei hat gestern offiziell erklärt, daß sie den Anspruch unserer Fraktion auf den Vizepräsidentenposten bestreitet, daß für sie diese Frage keine Frage der Gesellschaftsordnung, sondern eine politische Frage ist. Die kommunistische Fraktion wird in dieser Situation den Vorschlägen der übrigen Parteien zur Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten als Protest eigene Vorschläge entgegenstellen.

Wenn die kommunistische Fraktion ihren Anspruch auf den dritten Vizepräsidenten erhebt, so darum, weil sie durch ihren Wahlerfolg zu diesem Anspruch politisch berechtigt ist und auch diesen Posten zum Kampf für die Interessen der werktätigen Massen und zum Schutz der Arbeiterschaft zur Sicherung der Rechte der Minderheiten einzutreten wird.“

Tobens der SPD leitete sich Genossen Politiker durch und schloss mit einem warmen Appell an die sozialdemokratischen Arbeitnehmer von der Koalitionspolitik loszulassen und dem Kommunismus anzutreten. Das Schreien der sozialdemokratischen Landtagsfraktion während der Auseinandersetzungen des Genossen Böttcher kann man wohl am besten als ohnmächtigen Weisegesell bezeichnen. Im ganzen Lande muss die Arbeiterschaft die Auseinanderstellungen über die Koalitionspolitik durchführen und in kameradschaftlicher Weise die Diskussion in den Betrieben und Gewerkschaften durchführen. Das Ergebnis kann angesichts der Klassenlage des Proletariats nur eine vernichtende Abrechnung mit der Koalitionspolitik und die Bildung der proletarischen Einheitsfront unter dem roten Banner des Sozialismus sein. Der Kampf im Sächsischen Landtag war hierzu ein wichtiger Auftakt.

Klassenurteil gegen RFB-Kameraden

Berlin 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Vor dem Köpenicker Schöffengericht stand gestern gegen elf RFB-Kameraden ein Prozess statt. Sie wurden beschuldigt, am 11. April d. J. einen Stahlhelmzug überfallen zu haben und wurde ihnen teils schwerer, teils leichter Landstridenbruch zur Last gelegt. Die Verhandlung ergab, daß nicht RFB, sondern Stahlhelmsoldaten die Urheber waren. Trotzdem wurden zwei Kameraden zu 6 Monaten Gefängnis, vier zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt und fünf freigesprochen werden. Das Gericht muhte in der Urteilsverkündung zugeben, daß nicht einwandfrei erwiesen sei, daß die Angeklagten an dem Überfall beteiligt gewesen sind.

Wieder ein „Justizirrtum“

Der sozialdemokratische Abend berichtet von einem neuen verhängnisvollen Justizirrtum. Am 29. Juni 1923 wurde in einem Walde die Leiche einer Fabrikarbeiterin aufgefunden, die seit drei Jahren mit einem Maurer ein Liebesverhältnis unterhalten hatte. Der Maurer war Vater von sechs Kindern. Die Fabrikarbeiterin war schwanger gewesen. Der Maurer hieß sich der Staatsanwalt bestreit seine Täterschaft an einem Mord, sondern gab nur zu, bei einem Abtreibungsversuch der Fabrikarbeiterin im Walde zugewesen gewesen zu sein. Die Anklage vor dem bayrischen Volksgericht lautete auf Mord, der Staatsanwalt beantragte Todesstrafe. Das Volksgericht verurteilte den Maurer wegen Totschlags zur Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus. Gegen das Urteil des bayrischen Volksgerichts gab es kein Rechtsmittel. Ein Wiederaufnahmeantrag wurde als unbegründet verworfen. Erst jetzt hat das Oberste Landgericht die Wiederaufnahme angeordnet und vor dem Schwurgericht wurde der Angeklagte nur wegen verschuldetter Abtreibung in Tateinheit mit fahrlässiger Tötung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt und die Strafe durch das bisherige Zuchthaus für verbüßt erklärt. Zweifellos ist auch die Höhe des zweiten Urteils nur dadurch bedingt, daß die bereits abgeschlossene Zeit ausgerechnet werden sollte. Der Staatsanwalt hatte trotz Sachverständigungsgutachtens zugunsten des Angeklagten auch im Wiederaufnahmeverfahren auf den Totschlagsanklage beharrt.

Kommunistenaustreibung aus Österreich

Wien, 14. Juni. (Oppositor.)

Der Genosse Lucas und Socelli wurden aus Österreich ausgewiesen. Diese Maßnahme bedeutet Verleugnung des Wahlrechts, weil die Anklagen gegen beide Genossen vollständig zusammengebrochen sind und sie aus der Haft entlassen wurden. In den bürgerlichen Blättern wird die Ausweitung heftig kritisiert. Dem Genossen Lippan, der sich noch in Haft befindet, wurde vom Untersuchungsrichter mitgeteilt, daß der Staatsanwalt das Verfahren wegen Geheimbündel eingestellt hat, daß nur ein Verfahren wegen Grenzüberschreitung mit falschem Pass angestrengt werden soll.

Oppositionelle Metallarbeiter Meihens

Heute, den 15. Juni, 19.30 Uhr, im Kaisergarten außerordentliche Hauptversammlung. Kein oppositioneller Kollege darf fehlen.

Neuer Vorstoß Englands gegen Sowjetrußland

Der Einbrecherkönig Johnson hält eine neue Aktion gegen Moskau an

Der englische Innenminister hat wiederum die mit Spannung erwartete Ankündigung über die „Beziehungen Moskaus zu den englischen Kommunisten“ und insbesondere deren finanzielle Unterstützung bis zum Montag verschoben. Es wird dann ein Weißbuch herausgegeben werden, das das Ergebnis aller bisherigen Unterstellungen zusammenstellt. „Daily Mail“ meldet, daß der Innenminister mit ganz bestimmten Plänen hervortrete, in denen auch die Ausweisung von russischen Kommunisten enthalten sei.

Die englischen Diehards mit dem Innenminister Johnson Hids und Churchill an der Spitze bereiten eine neue Provokation gegen die Sowjetunion vor. Am 19. April erzählte Hids in Beantwortung einer öffentlich bestellten Anfrage des konserватiven Abgeordneten Major Ridderholz eine geheimnisvolle Geschichte von Banknoten, die von einer Sowjetbank in Großbritannien herstammen sollten und angeblich bei Leuten gefunden worden wären, die wegen gesetzwidriger Aufbewahrung von Waffen verhaftet worden seien. Diese Leute wären, wie Hids nachher erklärte, Iren. Daher die logische Folgerung, daß das Streben der Iren nach vollständiger Unabhängigkeit und Loslösung von England ihnen unmittelbar aus Moskau diktiert werde. Dann könnten die Iren irgendwie, und an ihrer Stelle auch engländische Großbritanniens. Organisatoren der kommunistischen Partei Großbritanniens. Jetzt teilt Hids mit geheimnisvoller Miene mit, daß, wenn er auch vor der bevorstehenden Erklärung im Parlament seinerlei öffentliche Erklärung abgeben könnte, er „vorläufig“ mitteilen wolle, daß sich bei ihm eine „große Anzahl Dokumente“ über die Geldquellen der britischen Kommunisten angehäuft hätten.

Das Ziel dieser neuen Sowjetreise ist klar: den Johnson Hids, Birkenhead, Churchill und Co. genügt der von ihnen provozierte Bruch mit der Sowjetunion nicht. Sie sehen mit Unwillen, daß der Handel zwischen Großbritannien und der Sowjetunion, wenn auch in beschränktem Umfang, weitergeht. Nun wollen sie in Großbritannien alle Sowjethandelsorgane schließen, um den Handel zwischen Großbritannien und der Sowjetunion endgültig zu liquidieren.

London, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Im Anschluß an die Unterhauserklärung über die russischen Gelder der englischen Kommunisten wird mitgeteilt, daß die englische Regierung bei der gegenwärtigen Rechtslage keinerlei

Die Koalitionschiebungen

Nicht die SPD — die Bürgerlichen distillieren die Bedingungen / Panzerkreuzer / Schlichterdistanz

In Fortsetzung der Einzelbesprechungen über die Regierungsbildung fand heute vormittag eine gemeinsame Verhandlung der Fraktionsführer sämtlicher für die zukünftige Koalition in Betracht kommenden Parteien unter Leitung von Hermann Müller statt. Die Konferenz soll am Nachmittag fortgezogen werden. Es nehmen an der Konferenz teil: SPD, Zentrum, Demokraten und Böhmische Volkspartei.

Heute mittag hatte Müller-Franken mit dem preußischen Ministerpräsidenten Braun eine Unterredung, in der Müller-Franken die Forderung der Deutschen Volkspartei auf gleichzeitige Umbildung der preußischen Regierung mitteilte. Der preußische Ministerpräsident zierte sich äußerlich noch. Er hat erklärt, daß er aus staatspolitischen Gründen keine Erklärung abgeben könne, da es eine Legitimation des preußischen Staates bedeute, wenn die preußische Regierungsbildung von dem Einfluß der Parteien im Reichstag abhängig gemacht werden würde. In Wahrheit haben die Sozialdemokraten, wie die bürgerliche Presse meldet, der Volkspartei gegenüber keine Zweifel gelassen, daß sie den ersten Willen haben, auch in Preußen die Große Koalition herzustellen. Die Parteien werden mit ihren preußischen Fraktionen in Verbindung treten und die Forderung der Volkspartei wird selbstverständlich erfüllt werden.

Die Erweiterung der Regierung nach rechts, auch in Preußen, ist nicht die einzige Forderung der Volkspartei, die die Sozialdemokraten schließen. Die Volkspartei hat noch Wünsche in der Frage des Einkommensteuerartefixes, der Arbeitszeit, der Landwirtschaftshilfe, bezüglich des Wehrdiensts und verlangt u. a. auch die Rücklegung des neuen Panzerkreuzers. Über alle diese Forderungen hält die Deutsche Volkspartei nach wie vor bestimmte Zusagen für notwendig. Die bürgerliche Presse hofft, daß das alles aber kaum ernsthafte Schwierigkeiten bieten wird. So verlangt die Volkspartei auch eine Garantie, daß der Staatssekretär Joel dem Reichsjustizministerium erhalten bleibt.

Die Wirtschaftspartei hat Müller-Franken mitgeteilt, daß sie grundsätzlich zur Teilnahme an der Koalition bereit sei, zur Festlegung ihrer Forderungen trat sie heute nachmittag zusammen.

Berlin, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Volkspartei hat ihren Standpunkt zwecks Bildung der Großen Koalition in Preußen nicht ausgegeben und bleibt hartnäckig darauf bestehen. Die gesamte Koalitionsfrage, an der Spitze der Vorwärts, schreibt zu diesen Dingen und bedauert die Hartnäckigkeit der Volkspartei. Der Vorwärts schreibt zum Schlus: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt es aus staatsrechtlichen Gründen ab, auf die Preußeregierung und die preußischen Parteien einen Druck auf die Bildung der Regierung auszuüben.“ Das soll keineswegs bedeuten, daß die Sozialdemokratie dem Wunsch der Volkspartei nicht entsprechen. Die Reformisten leisten nur einen scheinbaren Widerstand, da die Volkspartei zur Regierungsbildung noch die Erfüllung einer Reihe von Forderungen stellt.

Gestern abend begab sich Hermann Müller noch zu Stresemann, um ihn zu bemanen, alle Künste spielen zu lassen, um die Fraktion zur Einigung zu bewegen.

Die SPD rechtfertigt den Arbeitsminister Brauns

Das Organ der Christlichen Gewerkschaften, der Deutsche, schreibt am 14. Juni:

Der Vertrauensmann der Sozialdemokratie, Müller-Franken, bemüht sich gegenwärtig, die neue Reichsregierung zu bilden. Das ist nach dem Ausfall der Wahl recht natürlich. Unnatürlich scheint es aber zu sein, wenn der Führer der Sozialdemokratie zum Reichsarbeitsminister Dr. Brauns geht und ihn erucht, auch in der neuen Regierung das Arbeitsministerium zu übernehmen.

Die Sozialdemokratie, sowohl die politische als auch die gewerkschaftliche, hat in den letzten Jahren den Arbeitsminister des Jentzums aufs schärfste angegriffen.

Und nun kommt dieselbe Sozialdemokratie und erucht den vielgeliebten und so übel verschrienen Arbeitsminister

um sein Verbleiben im Amt. — Dabei soll doch die neue Regierung nach den sozialdemokratischen Pressesstimmen eine „rechte, taktisch kluge, wirksame Arbeiterpolitik“ treiben, die Sozialdemokratie eine derartige Politik für möglich hält, wenn sie das wichtige Recht für die Arbeiterschaft in die Hand eines Zentrumsmannes legt, der jadore noch als „Herr der Christlichen Gewerkschaften“ bekannt ist?

Es ist offenbar: Die sozialistische Führung hält den jetzigen Arbeitsminister für durchaus brauchbar und sozial wählbar, andernfalls wäre das Gewissen, ihn als Minister zu halten, platter Arbeiterverrat. Offenbar ist damit aber auch die Sozialdemokratie den Arbeitsminister bisher lediglich aus rein agitatorischen Gründen so arg in Widersetzung gestellt.

Zum übrigen ist das Eruchen der Sozialdemokratie an Dr. Brauns auf seinem Posten zu verbleiben, eine glänzende Rechtfertigung seiner Politik, und diese Rechtfertigung erstreckt sich auch auf jene Gruppen, die den Arbeitsminister abstoßen.

Diese Ausführungen des Deutschen sind schließlich nichts als widerlegen. Wichtig für die Arbeiterschaft ist es zu erkennen, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in einer Großen Koalition keine besseren, sondern nur noch schlechtere Schiedsprüche föhren lassen wird. Vor den Wahlen hoffte die SPD den Arbeitern, gegen die Schiedsprüche wählt SPD. Jetzt bittet sie den Arbeitsminister der Schiedsprüche, im Amt zu bleiben. Was sagen die SPD-Wähler dazu?

Ein sozialdemokratischer Schwindel

Berlin, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Vorwärts bringt zur Präsidentwahl die Meldung und behauptet dreist, daß der Deutschnat. Groß durch die Kommunisten gewählt worden sei, und zwar durch weiße Fälschung. Dabei haben die Kommunisten für Geschehe ihren Stimmzettel abgegeben.

Schwere Ausschreitungen in Tientsin

TU. London, 15. Juni. Nach Meldungen aus Tientsin ist die dortige Bevölkerung durch schwere Ausschreitungen im Unterdienst verkehrt worden. In allen Stadtteilen waren Schießereien zu verzeichnen. In der Chinatown wurden Männer und Frauen von Plünderern rücksichtslos niedergeschossen. Die Straßen und der Fluß waren mit Toten überlädt. Die Bevölkerung lebt in großer Angst vor einer Wiederholung der Vorwörter.

Einigung der Pekinger Generale

TU. Peking, 14. Juni. Am Mittwoch fand die erste Zusammenkunft zwischen General Feng und General Yen statt.

In einer amtlichen Erklärung heißt es, daß der Friede zwischen beiden Generälen hergestellt sei und daß Feng von Yen als Oberbefehlshaber der Truppen des Peking-Tientsin-Bezirks anerkannt worden sei. Feng hatte am Mittwoch eine längere Unterredung mit dem japanischen Botschafter und erfuhr dabei, daß die Zurückziehung der japanischen Truppen aus dem diplomatischen Quartier in Peking zu warten. Der Gesandte erwiderte, daß diese Truppen nur zusammen mit den übrigen japanischen Truppen zurückgezogen würden.

Blutige Streitkämpfe in Griechenland

TU. Athen, 14. Juni.

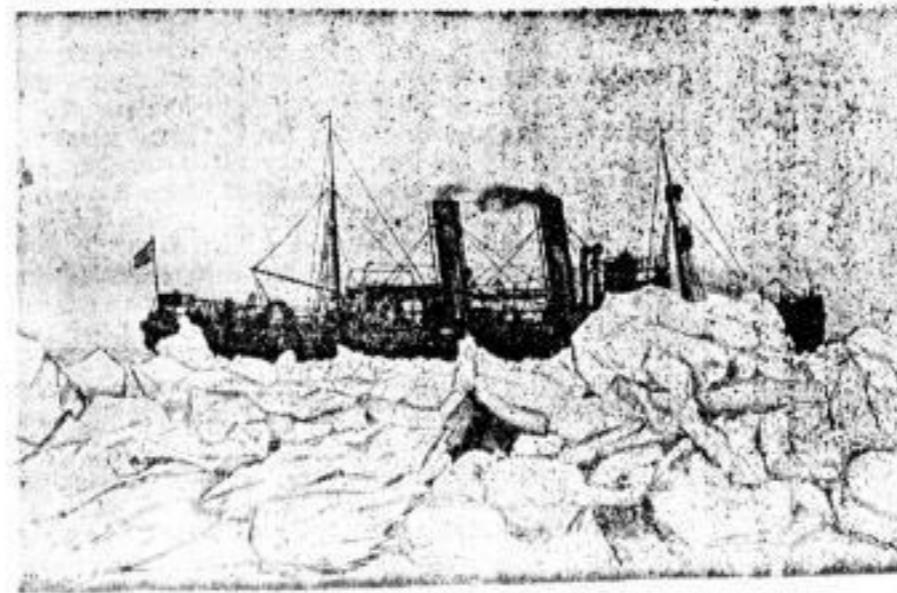
In Kavala und Drama kam es neuerdings zu schweren Zusammenstößen zwischen streitenden Fabrikarbeitern und Gendarmerie. In Kavala verwehrte herittene Gendarmerie den Streitenden das Betreten des Stadtgebietes, was zu einer tödlichen Schlacht führte, bei der 20 Personen schwer verletzt wurden. In der Nacht zum Donnerstag wurden in Kavala 10 Fabrikarbeiter angezündet. Am Mittwoch sind auch die Fabrikarbeiter in Saloniki und Seres in den Streit getreten, so daß gegenwärtig in Mazedonien und Thrakien 50.000 Arbeiter im Aufstand sind. Man rechnet mit der Möglichkeit eines Generalstreiks. Am Donnerstagvormittag kam es auch in Seres zu schweren Zusammenstößen zwischen Streitenden und Militär. Drei Soldaten wurden verletzt, davon einer tödlich.

Die Hilfe für Robile

TU. Oslo, 14. Juni. Wie aus Kingsbay gemeldet wird, sind dort der dänische Ingenieur Warming und der holländische Hundeführer van Dangen mit ihrem Hundegespann eingetroffen. Die „Bregenza“, die am Donnerstag in Kingsbay erwartet wird, soll die Hundeschlittenexpedition an Bord nehmen. Die Sachverständigen meinen, daß die ganze Rettungsaktion für Robile spätestens in 14 Tagen durchgeführt sein müsse, wenn sie überhaupt Aussicht auf Erfolg haben soll. Amundsen hat erklärt, er müsse seine Hilfsmethoden aufzeigen, da die Amerikaner nur dann zu einer Mitwirkung bereit seien, wenn sie direkt von der italienischen Regierung aufgefordert würden. Die „Bregenza“ hat auf dem 86. Grad 30 Minuten nördl. Breite eine Eisdecke von 1½ Meter Tiefe festgestellt. Man befürchtet, daß auch der russische Eisbrecher nicht in der Lage sein wird, sich dort einen Weg zu bahnen. Der Sturm über Spitzbergen hat sich gelegt und lädt sonnigen Wetter Platz gemacht.

Eisbrecher bei der Arbeit

Das Eis in den Polargegenden hat eine heimliche, zermalmende Kraft. Es behindert sich meist in Bewegung, die zwar langsam vor sich geht, die aber darum nicht weniger zerstörend wirkt. Um gefährlich wird es da, wo das Eis bricht, Spalten und Risse bildet, und sich dann durch die Bewegung des Meeres und die nachdrängenden Eisflossen bis zu einer Höhe von 30 m aufeinanderstürmt. Schiffe, die in solches Packeis geraten, sindrettungslos verloren. So sind wertvolle Schiffsauspeditionen durch Eisfeste im Packeis zerdrückt worden. Die einzigen Schiffe, die bis zu einer gewissen Eisstärke in das Polarmeer vordringen können, sind die besonders stark gebauten Eisbrecher (siehe Bild), deren Rüst darf mit Eisschilden geschützt und die bei kräftiger Motoren einen Fahrtweg nahe der Eisdecke brechen können.



Gärtnerische SPD verteidigt Große Koalition

Stürmische Auseinandersetzungen im Sächsischen Landtag

Sozialdemokratische Arbeiter Sachsen ausgepfiffen!

80. Landtagssitzung

Dresden, den 14. Juni 1928.

Die öffentliche Pressebestellung über die Wiederannäherung zwischen Nationalisten und Sozialdemokraten hat dem kommunistischen Auflösungsantrag mehr Beachtung erzwungen, als es den Koalitionsparteien und den Sozialdemokraten lieb sein konnte. Deshalb sind auch die Tribünen dicht besetzt, da werkt der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages behandelt werden soll. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vizepräsident Dr. Ewaldi bekannt, dass der Sozialdemokrat nicht sein Mandat niedergelegt hat und an seine Stelle der Gemeinschaftsbeamte Tempel Kreiberg getreten ist. Unter allgemeiner Spannung auf der Tribüne, aber unter lebhafter Verabredung unter den Bürgerblöcken ergreift darauf das Wort zu:

Begründung des Auflösungsantrages

Genosse Büttner:

Das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 20. Mai ist der unmittelbare Anlass für die Einbringung des kommunistischen Auflösungsantrages. Der Auflösungsantrag ist gleichzeitig ein politisches Misstrauensvotum gegen die Regierung. Wie werden also bei unserer Stellungnahme zur Auflösung des Landtages gleichzeitig betonen, dass diese Regierung durch den Wahlausgang das schärfste Misstrauen der arbeitenden Bevölkerung erhalten hat. Nach den Landtagswahlen vom Oktober 1926 sind in Sachsen zum ersten Male wieder über 50 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf die Kommunistische Partei und auf die Sozialdemokratie entfallen. Das zeugt von der starken Parteienentwicklung innerhalb der proletarischen Wählerbasis Sachsen. Das herauszeichnende am Wahlausfall ist der Zusammenbruch der Alten Sozialdemokratischen Partei. Neben dem Zusammenbruch der Alten Sozialdemokratischen Partei hat sich in Sachsen auch der Rückgang der Wählerstimmen für die Aufwertungspartei und für die Wirtschaftspartei gezeigt.

Entwicklung in der Periode der relativen Stabilisierung
Bei der Beurteilung des Wahlausgangs muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Entwicklungen der proletarischen Massen und auch die Entwicklung bestimmter Schichten des Kleinstürgertums eine besondere Bedeutung erhält durch die Tatsache, dass dieser Radikalierungsprozess in einer Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus sich entwickelt. Heute besteht eine gefestigte kapitalistische Wirtschaft, Konjunktur, die Gewerke rauschen, die Erwerbslosenarmee ist gegenüber früher verändert, und dennoch Radikalierungsprozess der arbeitenden Massen. Das beweist, dass die arbeitenden Massen aus den politischen Erfahrungen heraus in eine

prinzipielle Gegnerlichkeit zum kapitalistischen System gedrängt werden. Gerade diese Wahlen haben gezeigt, dass es sich nicht um gefüllte Abstimmungen der proletarischen Massen handelt, sondern dass es sich um eine Abstimmung der Wähler aus der historischen Erkenntnis der Unmöglichkeit, im kapitalistischen System die soziale Lage der Arbeiterklasse zu verbessern und die Befreiung des Proletariats durchzuführen, handelt.

Die Wahlen geben somit eine Antwort auf die Bürgerblöckpolitik im Reich. Sie sind eine Antwort auf die rigorosen Unterdrückungsmaßnahmen des Großkapitals gegenüber den Arbeiterklasse. Sie sind eine Antwort auf die Schlichtungspraxis des Großkapitals, auf die völlige Beseitigung des Realitäts- und Streitfleches durch die Schlichtungspraxis. Sie sind eine Antwort auf die Arbeitsgerichtspraxis und auf die gefälschte soziale und ökonomische Unterdrückungspolitik des Großkapitals. Die Wahlen stellen aber auch eine Abrechnung dar mit der Zoll- und Steuerpolitik der Bourgeoisie. Sie stellen eine Abrechnung dar mit der Politik des Großkapitals, die zu der unerhörten Teuerung, die wir gegenwärtig wieder durchmachen, geführt hat. Die Preispolitik des Großkapitals wird von den Massen von Tag zu Tag als unerträglicher empfunden. Die Karriere, Sonderate, die großen Monopole benutzen ihre ökonomische Machtstellung zu einer rücksichtslosen Ausplunderung der Konsumen.

Die Niederlage der Deutschen Nationalen im Reichsmajestätsverfahren zeigt auch die verirrten und verfehlten Kleinstürgertumschaften der Deutschen Nationalen erkennen, wobin die Politik des Großkapitals führt. Und dieser Zusammenbruch erscheint sich nicht nur auf die Deutschen Nationalen, sondern führt auch zu starken Verlusten der Konservativen und beinahe zur vollständigen Auflösung der Demokratischen Partei, der Demokratischen Partei, die seit der Nationalversammlungswahl im Jahre 1919 fast 75 Prozent ihres ganzen Stimmehandels verloren hat bei den Reichstagswahlen im Jahre 1928.

Es ist aber charakteristisch, dass mit den Deutschen Nationalen zusammen auch das System Hindenburg im Wahlkampf eine erbärmliche Schlappe erlitten hat. (Sehr richtig! bei den Komm.) Die Deutschen Nationalen waren es doch, die den Ritter aus der Reichspräsidentenwahl auf ihren Verhandlungsplatz abschafften. Die Deutschen Nationalen sind mit der Parole Hindenburg in den Wahlkampf gegangen. Aber nicht einmal diese Parole hat ihnen etwas genutzt. Die drei Millionen, 12 Millionen Wähler, haben zum Ausdruck gebracht, dass sie nicht nur auf die Deutschen Nationalen, sondern dass sie auch auf Hindenburg pfeifen. (Sehr richtig! bei den Komm.) und wie werden dafür sorgen, dass diese Entwicklung recht rasch noch weiter fortsetzt.

Aber auch außerparlamentarisch hat sich die Niederlage der Deutschen Nationalen ausgewirkt bei dem Stahlhelmmarsch in Hamburg. Der Stahlhelmaufmarsch in Hamburg hat die tatsächliche Pleite der Stahlhelmpartie erwiesen.

Die Abstimmung am 20. Mai war eine Abstimmung nicht nur gegen die Reichsbürgerblöckpolitik, sondern sie war auch eine Abstimmung gegen die ländliche Bürgerblöckpolitik.

Das eine muss dabei betont werden, die Abstimmung vom 20. Mai war auch gleichzeitig eine Voraussetzung gegen die Koalitionsregierung, denn die Sozialdemokratie hat ja den Wahlkampf geführt im Zeichen der Opposition gegen den bürgerlichen Staat, indem sie den Arbeitern sagte, dass nach den Wahlen eine energische proletarische Politik durchgeführt werden sollte. Also die Stimmen, die am 20. Mai für die Sozialdemokratische Partei abgegeben wurden, waren im wesentlichen Stimmen von Arbeitern, die den Klassenkampf wollen und nicht die Koalitionsregierung.

Der Kampf um die Hegemonie des Proletariats

Uns interessiert neben der allgemeinen Verschiebung der Kräfte zwischen Bourgeoisie und Proletariat insbesondere die Kräfteverschiebung innerhalb der proletarischen Klasse. Das Resultat der Kräfteverschiebung innerhalb der proletarischen Klasse, das uns im Wahlergebnis vom 20. Mai entgegensteht, zeigt den wachsenden Einfluss der KPD in der industriellen Basis der Bevölkerung. Sogar die sozialdemokratische Leipziger Volkszeitung muss diese Tatsache zugeben. Diese Auffassung ist natürlich insbesondere wichtig wegen der weiteren Entwicklung in Deutschland. Wer auf dem Boden des Marxismus steht, muss anmerken, dass die Klassenkämpfe in den nächsten Jahren sich nicht ab schwächen, sondern dass die ökonomische Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft auf eine Verschärfung der Klassenkonflikte hinweist. Die Verschärfung der Klassenkonflikte bringt gleichzeitig eine schärfere Erkenntnis des Proletariats über die Notwendigkeit der Befreiung der Klassengesellschaft. In diesem Sinne ist die Tendenz, die sich im Wahlkampf gezeigt hat, von außerordentlicher Bedeutung, weil sie zeigt, dass das in-

dustrielle Proletariat, das die Führung im Kampf um den Sozialismus haben muss, nach den reformistischen Verlustrüthen der letzten Jahre nicht mehr und nicht auf dem Boden des revolutionären Marxismus zurückfindet. Weil aber in Deutschland nur noch eine Partei auf diesem Boden steht, nämlich die Kommunistische Partei, ist diese Entwicklung auch gleichbedeutend mit dem Übergang der Hegemonie und der Führung des Proletariats auf die Kommunistische Partei.

Diese Entwicklung, die sich hier zeigt, muss naturnotwendig auf dem Boden der Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie ganz besondere Reaktionen zeitigen. Es ist doch ganz klar, dass die Entwicklung der Klassenkämpfe nicht mit der Koalitionsregierung bestreit oder aufgehoben werden kann, denn

außerparlamentarisch hat sich trotz des Abstimmungsergebnisses vom 20. Mai nichts geändert.

Die Herrschaft des Trustkapitals besteht weiter. Ja, wenn die Sozialdemokratische Partei eine Koalition mit der Bourgeoisie bildet, muss sich die Herrschaft des Trustkapitals gegenüber der Arbeiterklasse noch in viel verhängnisvollerem Umfang auswirken als heute (Sehr wahr bei den Kommunisten), weil diese Koalitionsregierung den Widerstand des Proletariats gegen das Trustkapital abkämpft und abchwächt, weil die reformistischen Führer im Lager der Arbeiterklasse als Verbündete des Trustkapitals kämpfen.

Regierungskrise und ländlich-sächsischer Partikularismus

Ich möchte jetzt einige Bemerkungen über die parlamentarischen Auswirkungen der Wahlen auf Sachsen machen. Wir haben im Zusammenhang mit den Wahlen in Sachsen eine Regierungskrise, die vor der bürgerlichen Presse gespielt wird, die aber ganz offenkundig falsche liegt. Die Regierungskrise ist auf engen mit der Kriege und Spaltung in der Alten Sozialdemokratischen Partei verbunden. Der Ministerpräsident Heldt, die Hoffnung der Bourgeoisie, der junge Mann des Verbandes Sächsischer Industrieller hat seine Aufgabe erfüllt. Aber die neue Aufgabe, die noch bevorsteht, nämlich die Radikalisierung der proletarischen Massen weiter zu verhindern, die kann er nicht erfüllen, weil die proletarischen Massen mit Herrn Heldt nichts mehr zu tun haben wollen.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die ländliche Regierung sich bei dem Bankrott der AWD noch eine letzte politische Chance gelobt hat. Herr Ministerpräsident Heldt hat geglaubt, diese politische Chance zu haben durch seinen Streich mit der ländlich-sächsischen Verwaltungseinheit. Wir haben in der vorherigen Woche die Erklärungen des Ministerpräsidenten zu dieser Frage gehört. Die Erklärung selbst war sehr mager. In den nächsten Tagen aber errichteten in der bürgerlichen Presse sehr weitgehende Mitteilungen über diese Fragen. Mitteilungen, die etwas ganz anderes enthielten, als der Ministerpräsident in seiner Rede dargelegt hat.

Wir protestieren gegen die Manöver der Geheimdiplomatie und gegen die Art und Weise, wie unter Ausschaltung des Landtages diese Verhandlungen geführt worden sind. Bezeichnend für diese Dinge ist noch die Tatsache, dass die höheren Beamten in Sachsen, der Familienverein der Geheimräte und Ministerdirektoren, also mit Herrn Schulze als Leiter der Verhandlungen und Kommissare für Sachsen solidarisiert hat.

Was hier unter der Maske der Durchführung des Einheitsstaates aufgeführt wird, ist nichts anderes als ein neuer Manöver des mitteldeutschen Partikularismus, es ein partikularistisches Manöver, nicht zur Beseitigung,

sondern zur Vertiefung des Partikularismus.

Der Einheitsstaat in Deutschland hat zur Voraussetzung die Verfestigung Preußens, hat zur Voraussetzung die Verfestigung der ländlichen Staaten. Nur auf diesem Wege ist der Einheitsstaat möglich. Deshalb kann er nicht gelöst werden von der Bourgeoisie, sondern wird endgültig nur gelöst werden können von der Arbeiterklasse.

Wie sollen die 12 Millionen Stimmen ausgenutzt werden?

Mit den politischen Fragen, die im Zusammenhang mit dem Wahlkampf stehen, ist wieder die alte Frage nach dem Wege zur Macht innerhalb des Proletariats aufgetreten. Es steht vor der Arbeiterklasse die Frage: "Wie sollen die 12 Millionen Stimmen ausgenutzt werden?" Durch die Koalitionsregierung oder im Klassenkampf? Durch die Koalitionsregierung am eigenen Leibe erfahren können. Die Koalitionsregierung ist der Leidensweg des Proletariats, sie ist der Golgathaweg der Arbeiterklasse. Die Koalitionsregierung ist der Weg zur Niederlage. Deshalb lehnt das Proletariat die Koalitionsregierung ab und muss den ländlichen Kampf gegen die Koalitionsregierung führen.

Der Kölner Parteiausschuss der SPD hat sich bedingungslos der Koalitionsregierung unterworfen.

Er hat erklärt, dass Programme, Richtlinien usw. alles Blödsinn sei. Es kommt darauf an, was gemacht wird und schließlich stimmt man sich mit Richtlinien, die nicht durchgeführt werden.

Er hat das Programm der "Personlichkeiten" in den Vordergrund gerückt. Auch sozialdemokratische Persönlichkeiten sind ein Programm. Rote ist das Programm der Blutpolitik gegen die Arbeiterklasse. Hilfesuche ist das Programm der Wirtschaftsdemokratie, der Unterdrückung der Arbeiterklasse mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaftspolitik. Müller ist das Programm der Koalitionsregierung, um jeden Preis. Severing ist das Programm des preußischen Polizeiappells gegen die Arbeiterklasse.

So ist allerdings auch der Bourgeoisie durch die Personlichkeit der SPD ein Programm gewährleistet, über das sie auf der ganzen Linie beruhigt sein kann. (Sehr richtig! bei den Komm.)

Die ländlichen sozialdemokratischen Führer haben ja vor den Wahlen festgelegt: Keine Koalition um keinen Preis! Nach den Wahlen haben sie gelogen: Parteitag! Aktionsprogramm! Nach Köln können wir jetzt eine sehr merkwürdige Umstimmung in der sozialdemokratischen Presse und unter den sozialdemokratischen Führern beobachten. (Zurufe bei den Soz.) Hier sehen wir schon durch Zwischenrufe: keineswegs prinzipieller Kampf gegen die Koalitionsregierung, wo darf ihr hin, nur gegen diese Koalition führen wir den Kampf. Diese Koalition (Siehe Ihnen doch scheinbar ganz angenehm zu sein, die jetzt in der Reichstagsregierung durchgeführt werden soll). Herr Sachs in der Dresdner Volkszeitung ist ganz begeistert. Herr Böhme in der Chemnitzer Volksstimme schreibt am 12. Juni:

"Nach einem Wahlgang, der unter der Parole 'Nein wieder Bürgerblod' erreicht worden ist, den Bürgerblöden fortzusetzen, das wäre Verrat an den Wählern."

(Abg. Dobbert: Sehr richtig!) Ich freue mich, Sie sind ja schon vorher bekanntgewesen als ein Arbeiters der Koalitionsregierung, und Ihren großen Optimismus auf den preußischen Ministerpräsidenten Braun haben Sie nicht umsonst gehalten. Es heißt dann:

"Und lo wird die Sozialdemokratie die Verantwortung übernehmen, auch wenn die Kommunisten noch so sehr schreien."

In Sachsen sehen wir den Vorstoß der Rechten auf der ganzen Linie. Der leitende Redakteur der Leipziger Volkszeitung ist auch ein eifriger Verfechter der Großen Koalition, der Chef des Herrn Liebmann, Herr Hugo Soupe, der auf dem linken Streitkampf nach Leipzig geritten war, um Herrn Büttner

über den Haufen zu retten, und jetzt mit Büttner nem in Arm für die Koalitionsregierung steht und dem Hermann auf seine großen Parteifreunde tritt. (Herrlichkeit — Zuruf des Abg. Böhmann) Es wird nicht mehr lange dauern, bis er sich auch in den Schnellzug für die Große Koalition hineinlegt, das ist doch ganz klar. Es ist keine Frage, dass die "Linke" die Rolle der Dämonen mit der Narrenpartei des parlamentarischen Schleppopposition noch eine Weile führen werden. Aber Sie haben hier nur die Alternative:

Verharren Sie in der Opposition, so muss das beim Bestehen einer großen Kommunistischen Partei und bei der Radikalisierung der Arbeitermassen zwangsläufig zu einer Spaltung führen.

Auf der anderen Seite steht die Perspektive, die Koalitionsregierung zu verteilen. Werden Sie gegen Hermann Müller den Kampf führen, werden Sie gegen Seering den Kampf führen, werden Sie die Arbeiter in der Presse zum Kampf aufrufen? Nichts hergleichen werden Sie tun. Sie werden diese Politik vertheidigen, und als Lohn dafür werden Sie Ministerposten in der Regierung erhalten. Sie müssen vor der Arbeiterschaft auf die politischen Fragen eine klare politische Antwort geben. (Zuruf bei den Soz.) Das ist unsere Sache! Sie geben keine klare politische Antwort, sondern ver suchen jetzt, durch Bejahungen und lächerliche Manöver sich um die Antwort auf diese Frage herumzudrehen. Aber die Logik der politischen Entwicklung und vor allen Dingen der elementaren lebendigen Wille der Arbeiterklasse, geboren aus ihrer ökonomischen Notlage, schlägt zu machen mit der kapitalistischen Gesellschaft, der wird auch Sie zur Antwort zwingen. Allerdings wird diese Antwort nicht mehr von Ihnen gegeben werden, sondern

die Arbeiter werden sich diese Antwort selbst geben.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden durch diese Entwicklung notwendigerweise in ihrem Radikalisierungsprojekt über die Haltungen des Zentralismus hinausgedrängt. Sie werden gewonnen, die Grünen hinter sich abzubrechen, abzurechnen mit den Koalitionspolitiken der Sozialdemokratie, und den entscheidenden Schritt vorwärts in das Lager des Kommunismus machen. Diese Entwicklung ist den sozialdemokratischen Arbeitern vorgezeichnet. Wir sind überzeugt, dass die sozialdemokratischen Arbeiter begreifen werden.

Das in dieser Situation der Kampf um die elementaren Forderungen der Arbeiterklasse nicht mit einer Koalitionsregierung gefüllt werden kann, sondern nur gegen eine Koalitionsregierung.

Die kommunistische Partei hat anlässlich der Reichstagswahl eine Reihe von

Tagesforderungen

aufgestellt, auf die das Proletariat seinen Kampf jetzt konzentrieren muss: Für Lohn und Brodt! Gegen Steueraus und Zollwucher! Gegen Schlichtungsdiktatur! Gegen Kulturstab! Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz und Bürokratie, gegen Militarismus und Kriegspolitik! Für die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen!

Das sind die Forderungen, die jetzt im Mittelpunkt des Tageskampfes stehen. Die kommunistische Partei hat diese Forderungen aufgestellt in dem Bewusstsein, dass sie Mobilisierungselemente für den revolutionären Klassenkampf des Proletariats darstellen, in dem Bewusstsein, dass diese Forderungen nur erfüllt werden können, mit der Befreiung der kapitalistischen Gesellschaft, mit der Befreiung der ökonomischen Ausbeutung überbaut. Das sind allerdings Tagesforderungen, die sich von Ihrem Aktionsprogramm unterscheiden. Eine ganze Reihe Forderungen haben Sie ja auch in Ihrem Aktionsprogramm. Über was wollen Sie jetzt tun um Ihr Aktionsprogramm zu verwirklichen? Wo ist der Kampf in den Gewerkschaften für die Forderungen Ihres Aktionsprogramms, wo ist der Kampf in den proletarischen Massen für die Forderungen Ihres Aktionsprogramms? Ihr Aktionsprogramm ist nur ein Täuschungsmanöver vor den Arbeitern. (Sehr richtig! bei den Komm.) Das sind Waffen, die den Arbeitern hingeworfen werden. Über das Proletariat wird auf diese Waffen nicht antworten.

Und so stehen die "Linke" auch hier wieder vor der Ultimative: Entweder die elementarsten Tagesforderungen des Proletariats gegen die kapitalistische Republik durchzuführen, oder mit der kapitalistischen Republik gegen ihre eigenen Forderungen zu kämpfen. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben schon im vorherigen Jahre, im Mai 1927, anlässlich des Weltkriegs-Kongresses in Sachsen an die Delegation des Kölner Parteitages einen Offenen Brief gerichtet, in dem sie Forderungen aufgestellt haben, und in dem sie gesagt haben, dass die

Bildung der Einheitsfront notwendig und unvermeidlich ist und dass die Koalitionsregierung aus Schässle beläuft werden muss. Heute steht dieser Kampf der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Forderungen ihres Aktionsprogramms? Ihr Aktionsprogramm ist nur ein Täuschungsmanöver vor den Arbeitern. Und so steht der "Linke" auch hier wieder vor der Ultimative: Entweder die elementarsten Tagesforderungen des Proletariats gegen die kapitalistische Republik durchzuführen, oder mit der kapitalistischen Republik gegen ihre eigenen Forderungen zu kämpfen. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben schon im vorherigen Jahr, im Mai 1927, anlässlich des Weltkriegs-Kongresses in Sachsen an die Delegation des Kölner Parteitages einen Offenen Brief gerichtet, in dem sie Forderungen aufgestellt haben, und in dem sie gesagt haben, dass die

Bildung der Einheitsfront notwendig und unvermeidlich ist und dass die Koalitionsregierung aus Schässle beläuft werden muss. Heute steht dieser Kampf der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Forderungen ihres Aktionsprogramms? Ihr Aktionsprogramm ist nur ein Täuschungsmanöver vor den Arbeitern. Und so steht der "Linke" auch hier wieder vor der Ultimative: Entweder die elementarsten Tagesforderungen des Proletariats gegen die kapitalistische Republik durchzuführen, oder mit der kapitalistischen Republik gegen ihre eigenen Forderungen zu kämpfen. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben schon im vorherigen Jahr, im Mai 1927, anlässlich des Weltkriegs-Kongresses in Sachsen an die Delegation des Kölner Parteitages einen Offenen Brief gerichtet, in dem sie Forderungen aufgestellt haben, und in dem sie gesagt haben, dass die

Politik einer Koalition in der Etappe des neudeutschen Imperialismus ist die Politik des Trustkapitals, ist die Politik der innerpolitischen Reaktion auf dem Gebiete der Wirtschaftsstaat, der Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften. Zoll- und Steuerpolitik im Interesse des Trustkapitals sozialpolitischer Reaktion. Autarkiepolitik, alle diese innerpolitischen reaktionären Maßnahmen stehen im Dienste der neuen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Sicherlich ist es nicht zuviel gefragt, wenn man erklärt, dass dieser Reichstag, wenn er sein geplantes Ende erleben wird, vielleicht schon

der Reichstag der nächsten Kriegsrede

sein wird. Angesichts der ungeheuren internationalen imperialistischen Spannungen wissen wir, dass die Kriegsgefahr sich immer elementarer zusammenballt und dass der außenpolitische Kurs der deutschen Bourgeoisie auf eine immer engere Zusammenarbeit mit dem englischen Imperialismus gegen die Sowjetunion drängt. Der Weg zur politischen Macht führt angeblich nach Rautsky über die Koalitionsregierung. Aber diesen Weg in die Niederlage muss das Proletariat bekämpfen. Wie stehen auf dem Boden von Karl Marx für die revolutionäre D

bei den Sozialdemokraten). Ihr Schloß ist die Verbürgung, ihr Schild ist die Verbürgung, ihr Schild ist die Verbürgung, ihr Schild ist die Verbürgung.

Das Industrieproletariat wird sich und muss sich um seiner selbst willen grappeln um die alten revolutionären Grundsätze des Marxismus auf diesem Boden wieder aufzutragen. (Vaden bei den Sozialdemokraten) Auf diesem Boden wird sich die Einheitsfront des Proletariats aufstellen. (Vaden bei den Sozialdemokraten) Auf diesem Boden wird der Zusammenhalt des proletarischen Kaders erfolgen. Anders kann es nicht sein. In allen Fällen, wo die Führung des Proletariats den Klassenkampf verlässt, wo sie sich verbündet mit der Bourgeoisie, muss das Proletariat gegen diese Verbündeten auftreten. Die Naturgesetze des Klassenkampfes sprechen hier ihr ebernes Urteil. Es gibt kein Ausweichen! Klassenkampf — Weg zum Kommunismus! Solidarität mit der Sonnenunion, oder Koalitionspolitik — Politiknappel gegen das Proletariat, Reichswehr gegen die Arbeiterklasse, isolativer Unterdrückung, Verhinderung der Ausdeutung, Raub des Streits und Koalitionsschicks, Mitleid in allen Kriegsvorbereitungen.

So ist der Weg des Reformismus in Deutschland in der Epoche des neuzeitlichen Imperialismus gekennzeichnet. Der Ruf der Arbeiter bei den Wahlen war:

Von vom Reformismus, los von der Koalitionspolitik!

Und unter dieser Parole wird das Proletariat seinen Kampf weiterführen (Jurat bei den Sozialdemokraten). Deshalb 9 Millionen Stimmen! Sie werden leben, wo sie mit ihren Millionen in diesen Kämpfen bleiben werden. Die Millionen marschieren zum Kommunismus! (Vaden bei den Sozialdemokraten) Die Millionen marschieren unter der Fahne des Sozialismus im Kampfe für die proletarische Revolution. (Vorfall bei den Kommunisten. — Jurat bei den Sozialdemokraten.)

Im Verlaufe der treffenden Ausführungen des kommunistischen Redners zeigen nicht nur die Bürgerluden, sondern auch die Sozialdemokraten ihr wahrhaftiges Gesicht. Koch und Edel beweisen, daß sie nemals grundwahriges Gedankt der Koalitionspolitik gehabt haben. Viele hunderte demagogische Unterwerfung unter den Parteidikt und damit der USPD Grundlage wird noch durch die vorantreitende Distanzierung des sozialdemokratischen Parteidiktators Edel unterstrichen. Mit seinem Vortrag geht er sachlich auf die Kritik und die Argumente des kommunistischen Redners ein; er erklärt mir, daß die Politik der SPD die Kommunisten nur nicht angelebt. Zur Koalitionspolitik erklärt er, daß grundwahrig die "linken" Sozialdemokraten niemals die Koalitionspolitik grundwahrig gestellt und abgelehnt haben und er beweist ihm dabei ebenso frisch wie voreilig auf das Vorher der Rote Politik Rosa Luxemburg. Aber er lobt Herrn Seerling und beweist, daß die sozialistische Sozialdemokratie niemals und unter keinen Umständen sich vor der deutschen Sozialdemokratie losmachen würde. Edel präsentiert schließlich durch eine wunde Kommunistenbeweis die Vertreter der KPD in, daß kürzliche Jurate seine Ausführungen oft untergraben lassen. Zur Frage der USPD erklärt er, daß sachlich die Sozialdemokratie mehrere ihrer Rückkehr zur SPD schwierigen Widerstand entgegensehen. (Aber die Volksbefreiung bläst schon Friedenshymnen!) Edel heißt die Universalität, obgleich er nur einen geringen Bruchteil seiner Rede für den Auflösungsantrag selbst verwendet und fast ausschließlich gegen die Kommunisten spricht, den Kommunisten vorzuwerfen, sie hätten „nichts gegen den Bürgerkrieg getan“. Der Wortlaut der Rede des Genossen Kocher beweist die Eigenschaftigkeit dieses plumpen Ablenkungsmanövers. Da in der Debatte kein weiterer Redner sich zum Vortrag meldet und nicht ein einziger Vertreter der Regierungsparteien das Wort nimmt,

fann Genosse Kocher sofort im Schlusswort die hohe Edel beantworten. Er stellt fest, daß die Ausführungen Edels die Bereitung für die Durchführung des Koalitionspolitik der beiden Sachen dienen. Die demagogische Hölle gegen die Kommunisten soll nun verschwinden, doch auch die hümorige Zensur muß grundwahrig auf dem Sumpfboden der Koalitionspolitik liegen. Damit wird unterstrichen, daß der grundwahrige Rottot nicht die Koalitionspolitik allein der Kommunistischen Partei überlassen bleibt. Die weitere Entwicklung wird auch dem tatsächlichen sozialdemokratischen Arbeiter die Augen öffnen. Durch aber wird es möglich sein, die Arbeiter auf den Sumpf des Klassenkampfes gegen die Koalitionspolitik zu rammen und Sturz einer kapitalistischen Regierung, sondern bis zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt. (Vorfall bei den Kommunisten.)

Der Auflösungsantrag abgelehnt

In der Abstimmung wird der kommunistische Antrag vom Kommunisten und Sozialdemokraten von allen anderen Parteien abgelehnt. Bescheiden ist, daß auch die beiden größtenteils antiparlamentarischen Nationalsozialisten gegen die Auflösung stimmen. Sie stehen also, wie alle Kapitalisten, auf dem Parlamentarischen. „Der Landtag hat sich dem lächerlichen Volk erhalten“. Es wird ihm dafür einmal mit bitterem Dank quittieren.

Im weiteren Verlauf der Sitzung werden die Phasenlagen und einige wichtige Etappen beraten. Wir berichten darüber in der Sonnabendnummer.

Amtliche Bekanntmachungen

Freital

Kirchenverpachtung.

Es ist beabsichtigt, die jüdischen Kirchennutzungen 1. an der Weißgerber Straße, von der Hörsel bis zur Stadtgrenze, 2. an der Obernaundorfer Straße, 3. an der Bürger- und Eger- und verlängerten Kreuzstraße, 4. hinter den Gütern Am Dorfplatz Nr. 24 und 30 und 5. im Wiesengrund an der Jägerstraße (Flurstück 16 für Schweinsdorf) und am Feldweg auf Flurstück 105 für Schweinsdorf meistbietend zu verpachten.

Interessenten wollen ihre Angebote getrennt nach den einzelnen Losen bis Montag den 18. d. M. vormittags 10 Uhr, verschlossen und mit der Aufschrift „Kirchenverpachtung“ im Gründungsamt (Rathaus Zimmer Nr. 2) abgeben.

Die Nachbedingungen sind dort ebenfalls einzusehen. Es bleibt vorbehalten, die Lote zu teilen oder einzelne Teile von der Verpachtung auszunehmen.

Der Rat behält sich ferner das Recht vor, alle Angebote zurückzuweisen.

Rat der Stadt Freital, am 12. Juni 1928.

Die Malerarbeiten für das 6-Familienwohnhaus an der Georgstraße sollen vergeben werden.

Kostenanschläge können im Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer Nr. 10, entnommen, und dort bis Montag, den 18. d. M. 12 Uhr wieder abgegeben werden.

Die Definition der Angebote erfolgt zur angegebenen Zeit im Beisein etwaiger Bewerber und die Ausschreibung nach den Bestimmungen über die Vergabe von Leistungen und Lieferungen für die Stadt Freital.

Rat der Stadt Freital, am 18. Juni 1928.

Herzlichen Dank

allen denen, die beim Scheiden unseres lieben Sohnes, Bruders und Onkels, Herrn

Friedrich Olbrich

durch Wort, Schrift und Blumenschmuck unser Leid teilen.

Gittersee, den 14. Juni 1928.

Im Namen aller Hinterbliebenen **W. Olbrich.**

frisch Auf- Fahrräder

Nähmaschinen / Sprechapparate
Schalmeien / Platten / Zubehörteile
Ersatzteile in großer Auswahl
Anzahlung 10 RM, Abzahlung 5 RM,
bebarbar Kasse 10% Robott / Reparaturen
an Nähmaschinen, Fahrrädern
und Motorräder schnellstens, fach-
gemäß und billig

Heinrich Hänsel

Kleinröhrsdorf 13
Filiale Radiberg / Bahnhofstraße 12
Von 9 Uhr an ununterbrochen geführt

ACHTUNG!
Empfiehlt den werten Vereinen und Gewerkschaften für Sommerfeste und dergleichen meine altbekannten
Lebkuchen u. Makronen
für Verlosungen / Räder werden dazu geliehen!
Otto Clauss / Zschieren

Gustav Atze
Zschachwitz, Dorfpl. 7
Fahrräder
Nähmaschinen
und Ersatzteile
Sämtliche Reparaturen
Leibbinden v. 3.75 M. an
Hüftformer von 1.90 M. an
Sämtl. b. Frauenart, wie Spülkannen, Spülapparate usw.
Grete Wemme, Pirna, Barthergasse 18
Blumen- u. Kranzbinderei
Blühende Topfpflanzen aller Art
Paul Schumann



Kinderwagen Klappwagen Stubenwagen

Puppenwagen
Kinderschüle
Kinderküche
Selbstfahrer
Kinderbetten
Reformbetten
Matratzen
Triumphstühle
Riesenauwahl
Spottbillig!

E. REUSCHEL

Dresden-Lobtau
Schillingplatz 19
Bei Vorzeigen dieser
Anzeige 10% Rabatt

wir verloschenken 5000-

Die untenstehende Reihe Buchalben (WBAGI) sind Anhängerabnahmen zu unserer Photoausstellung. Diese Buchalben ergeben nach Umschaltung des Namens für unsere Photoparate. Unsere Preise laufen daher. Welchen Namen haben unsere Apparate? Für die Einsendung des **RM. 2500,-** ausgesetzt, die richtigen Namen haben wir unter Aussicht von Herrn Rechtsanwalt Dr. Oldenburg, Berlin W 35, zur Verteilung gelangen. Folgende Preise sind ausgesetzt:

1. Preis RM. 400.— 3. Preis RM. 200.—
2. Preis RM. 300.— 4. Preis RM. 100.—
und für 2500 RM. Photoparate.

Die Verlostung des Preises findet durch Herrn Rechtsanwalt Dr. Oldenburg am 25. Jah d. Ja. statt Nach Abschluß **RM. 1500,-** in der Brüderstrasse dieser Verlostung kommen noch weitere Preise mit unseren Photoapparaten hergestellten Ausnahmen zur Verlostung. Dieser Verlostungserfolg sowie die Namen der Preisträger aus unserer heutigen Preisfrage werden in Berlin Tagesblatt am 30. Jah d. Ja. bekannt gegeben.

Die Beteiligung an unserer Preisfrage sowie an unserem Photo-Wettbewerb ist für jedermann frei und kostenlos. Beteiligt ist jeder, der uns den richtigen Namen unseres Photoapparates einsetzt.

Die Einsendung muß an geschlossenen Briefumschlag mit einem Preisnach und genauer Absender-Adresse reichen bis zum 20. Jah d. Ja. an obstende Adresse erfolgen sein.

Wohnungs- und Industrie-Bau G. m. b. H., Abt. Photo-
apparate, Berlin W 37

WBAGI

Emmrichs Gasthaus

im Löwengrund
Die bekannte Einkehrstätte

Geben Sonnabend u. Sonntag Konzert

Jugschänke!

auf der Höhe / Herrlicher Ausflugspunkt

Jeden Sonnabend und Sonntag

BALLMUSIK

Meschede und Frau, Telefon 2911

Gasthof zum Elbtal

Zschieren a. d. Elbe

Aussichtspunkt für Familien und Vereine / Schön

Garten / Jeden Sonntag keine Ballmusik

ZUM DEUTSCHEN SCHUTZEN

DOHNA

Beliebte Einkehrstätte für Vereine

Gute Küche / Feinkostkeller-Biere

Veranstaltungen / Familientreffen

Ausflugsort

Kohberg b. Pirna

komplett den geheizten Vereinen und Ausflugsgäste zweier

Localsäle und Lindengärten / Herrliche Aussicht

von Firma und Umgebung / Friedr. Arndt und Frau

Restaurant „Bergkeller“

Kalkberg

sollt sich zur Einkehr bestens empfohlen

ANNA VERW. FISCHER

Cerny, Geschwister, Heidenau

(im Kaffeehaus)

Elegante Herren- und Damenkleider

Möbelhaus Rütke

Heidenau, Hermannstraße 2

Braut-Utensilien

Großhandelsläden / Mittlere Preise

Tiefgangen gefüllt

Feinste Fleisch- und Wurstwaren

Richard Ried

Großhermle

Deckerchen

Telefon: Niederröhrsdorf 302

Sportheim Freie Turnerschaft Heldenburg

★
Sonnenabend, 16. Juni, 19.30 Uhr
Großer Unterhaltungs-Abend

mit humoristischen Vorträgen
von dem beliebten Salon-Humoristen Tittel **✓**
Es lädt ein der Turnrat

Herren-, Damen- und Kindergarderobe

H. Sachs, Meißen, Elbstraße 26
Altestes Geschäft am Platze

Max Cieslak, Meißen, Tel. 67

empfiehlt

pa. Fleisch- und Wurstwaren

Spießsäumer Bölkow
Schrantzische 3-5. Spießsäumer
Bölkow (West), 1900 Näh-
maschine verkauft zw. 1900
Tel. 31, p. 1. Tel. 1000

ab 1900 Bölkow

Nationalistische Abenteuergeschichte

Schwindelmeldungen in der bürgerlichen Presse

Zu den manigfachen „Haltet-den-Dich“-Methoden der Bourgeoisie gehört in allerwichtigstem Umfang die Bearbeitung des Volksbewegungsins, durch intentionelle Pressemeldungen über das Handeln von Werbern für die Fremdenlegion. An diesem Punkt verzerrt die bürgerliche Presse aller Parteikürzelungen unbedingt auf die von ihr so vielgeprägte Unhandlung, die von ihr ja übrigens nur als Aushangstafel für besonders kugelförmige Radikalismen verwendet wird. Und so sind denn die intentionell ausgemachten Meldungen über das Werberunwesen weniger nichts als ein Mittel von vielen der Aufmerksamkeit von den eigenen Treibereien ablenken. Mit dieser Art der Berichterstattung soll die Frage verschleiert werden, was denn eigentlich die Tausende junger Leute in die Hölle der Legion etwangers treibt. Soll die Tatsache verschleiern werden, daß die Klassenjustiz, die „soziale“ Fürsorge, die kapitalistische Ausbeutung, kurz alle Erziehungen des kapitalistisch-imperialistischen Staates zutreffend für die Legion verantworten. Gleichzeitig dienen diese Meldungen dazu, Kriegspolitische Wachtturmen und dem Treiben der Chauvinisten fruchtlosen Boden zu bereiten, dienen dazu, abgelenkt von Soldatenmishandlungen, Blinderheitsergewaltigung, Unterdrückung des Proletariats und vollkommenes Verlogen in den Fragen der Kriegsfürsorge. In diesem Zweck ist es natürlich ganz gleichgültig, ob es sich bei diesen Meldungen um bewusster Schwindel handelt oder nicht. Gewöhnlich ist es bewusster Schwindel.

In den letzten Wochen liegen wiederum zwei Notizen durch zahlreiche bürgerliche Zeitungen, nach denen angebliche Werber in Autos verdeckt haben sollten, junge Leute in die Fremdenlegion zu verschleppen. Nach der einen Meldung waren kurz vor Mitternacht auf der Landstraße zwischen den Ziegeler Wachau und dem Orie Seifersdorfer zwei Autos in den Graben gesunken, deren Insassen die Beleuchtung ausgeschaltet und verdeckt hätten, einen jüngeren Mann herauszuladen. Auf dessen Frage, was er sollte, sei ihm geantwortet worden: „Das werden Sie schon sehen.“ Der betreffende junge Mann, der an jener Stelle einen Damenschuh und eine Bäderhose gefunden, brachte dieses nächtliche Erlebnis zur Anzeige. Wie verlautete, handelte es sich um Kraftwagenführer, die mit Bauernmädchen einen Absteher in die Umgebung von Radeberg unternommen hatten. Dieser Vorgang war mit ähnlichem, in der bürgerlichen Presse schon öfter erwähnten Vorfallen — angebliche verdeckte Verhältnisse in die Fremdenlegion — nicht in Verbindung zu bringen.

Zu gleicher Zeit erschien noch eine weit ernster aussehende Notiz, die durch die ganze deutsche Bourgeois-Presse gelauzen ist und noch jetzt hier und da zum Absatz gelangt. Danach sollte ein beim Gutshof in Roitzsch im Waldkrug in Arbeit stehender, 20 Jahre alter landwirtschaftlicher Gehilfe im Mai gegen Mitternacht, als er sich mit seinem Fahrzeug der Dienststelle näherte, von den drei Insassen eines abgelebten Autos prügeln worden sein, abzukecken. Nach Kampf wäre er überwältigt und in den betreffenden Kraftwagen durch Dresden über Seidenau und Geising nach der Tschechoslowakei verschleppt worden. Am anderen Morgen gegen 7 Uhr hätte der Wagen bei Teplitz einen Defekt erlitten. Bei dieser Gelegenheit sollte seine Flucht gegliedert sein. Das Fahrrad des jungen Mannes, der aus der Umgebung von Görlitz gebürtig ist, hatte man am nächsten Morgen unweit vom Spritzenhaus in Roitzsch gefunden, dagegen auch einen Krallen, den er einem der drei verdeckten Autoinsassen abgerissen haben wollte. Damit dieser kräftige Bauernbursche auf der Fahrt durch Dresden und das Württemberg nicht etwa um Hilfe rufen konnte, habe er während der Fahrt einen aus dem Taschentuch hergestellten Anhänger im Mund behalten müssen.

Diese ganze Meldung war in allen Einzelheiten erfunden, und der angeblich fangefundene Kampf mit dem abgerissenen Krallen war vorausgesetzt.

In Wirklichkeit sind die Werbestellen der Legion von entwurzelten Existenz überlaufen, und niemand wird glauben, daß in unserer Zeit es tatsächlich Romantik und Abenteuerlust sei, das diese Leute dorothy treibt. Auch die damit in Zusammenhang erschienenen Meldungen über noch in Algerien befindliche Kriegsgefangene sind völlig aus der Lust gegriffen.

Die Nachrichtenstelle in der Saisonanleihe muß hierzu mitteilen: „Durch einen Teil der Tagesspreche ist fürstlich die Nachricht gegangen, ein Gärtnerei Alwin Pöhl sei nach elfjähriger Gefangenenschaft aus Frankreich in seine Heimat nach Lemnitzhammer in Thüringen zurückgekehrt. Er habe erzählt, daß noch über 2000 ehemalige deutsche Heeresangehörige in Algerien zurückgehalten würden.“

Nach amtlicher Feststellung ist der am 6. November 1882 in Lemnitzhammer (Gemeinde Harta) geborene Alwin Pöhl ein mehrfach vorbestrafter Schwindler. Dass er nicht vor kurzem aus französischer Gefangenenschaft entzogen sei kann, ist dadurch zu erweisen, daß er 1923 und 1925 von den thüringischen Gerichtsbehörden wegen Diebstahls verfolgt wurde. Neben keine angeblichen Erlebnisse in der Gefangenenschaft hat er bisher nicht vernommen werden können, weil er sich umtriebt und nicht zu ermitteln war.

Es handelt sich also abermals um einen der bedauerlichen Fälle, in denen die begreiflichen Hoffnungen von Angehörigen Kriegsgefangenen, über deren Schicksal Gewissheit zu erlangen, durch Schwindler getäuscht worden sind. Von amtlicher Stelle ist allen derartigen Nachrichten keins nachgegangen worden, wobei sich ausnahmslos herausgestellt hat, daß sie jeder tatsächlichen Grundlage entsprechen.

Trotzdem tauchen diese und ähnliche Meldungen immer wieder in der bürgerlichen Presse auf, gilt es doch mit dem Gedanken, das Interesse von den Treibereien des eigenen Imperialismus abzulenken. Die Proletarier aller Länder aber wissen, daß zwischen den Ausbeutungsmethoden der Fremdenlegion und den kapitalistischen Betrieben nur ein gradueller Unterschied besteht. Diesen graduellen Unterschied hervorzuheben, ist die Pflicht der proletarischen Presse, die selbstverständlich auch in der Fremdenlegion das Instrument des französischen Kapitalismus und Imperialismus erkenn und bekämpft. Dass dieser Kampf aber nur auf der Basis der proletarischen Revolution geführt werden kann, und Hand in Hand geben muß mit der Verschlagung kolonialer Unterdrückung der forstigen Völker, ist unabwiesbar. Der nationalistische Werberwesenrumpel aber muß entlarvt werden als das, was er ist: ein grell demalter Schild chauvinistischer Heiter, hinter dessen Schutz die wirklichen Interessen des deutschen Proletariats von den Treibern der Bourgeoisie abgewürgt werden sollen.

Sandgrube und Mörtelwerk Paul Arndt, Industriegelände

(Arbeiterkorrespondenz)

Mit war es „vergönnt“, in diesem Betrieb arbeiten zu können. Das erste ist, wenn man in diesem Betriebe anfängt, man bekommt erst eine Moralpredigt gehalten: „Leisten Sie Ihren Vorgesetzten immer Folge, vermaulieren Sie sich nicht, arbeiten Sie tüchtig.“ Mit den Überhunden können Sie es auch nicht so genau nehmen, bei uns geht es immer ein bisschen länger. Stundenlohn ist 0,82 M. Es ist unter Tarif.“ Das ist der Empfang! Der richtige Tarif lautet auf 1 bis 1,04 M., diesen bekommen die Arbeiter in anderen Sandgruben. Nun steigen wir einmal in die Sandgrube hinunter. Da denkt man beim Anblick derselben: Arbeiten hier Wühler? Sie schaffen schlimmer wie die Kulis in China. Die Sache ist so eingerichtet: Sieben Mann arbeiten da unten, und acht Loris (Hunde) sind da. Vier Loris werden geladen, währenddem gehen die anderen schon beladenen Loris nach oben. Sind vier Loris geladen, sind schon wieder die anderen da. Zum Ausladen kommt man nicht. Für den Ausleher wäre es viel böslicher, selbst die Schaufel in die Hände zu nehmen und mit einzuladen, wenn es ihm zu langsam geht. Aber er stellt sich neben die Loris und treibt: „Wir müßt mehr auf die Schaufel nehmen.“ Zwei Männer müssen allemal eine Lorie laden, und der siebente Mann

muss erst allein laden, dann in den nächsten Mann. Wenn diese Männer nicht mitschaffen, Organisiert man in dieser Firma ein paar wenige. Nun wollen wir uns noch einmal einmal den Anfang machen, man ist auf dem Kaltenenholz.

Nur noch erwähnt sei: In diesem Werk gibt es keine welche sich zu ruhmen, vor das Jahr von früh 4 Uhr bis 21 Uhr, also 17 Stunden, gearbeitet zu haben. Hieraus kann man nun ein Bild machen.

Arbeiter bei der Firma Kendl, organisiert auch in den freien Gewerkschaften gegen den Willen der Ausbeuter! Geschlossen seid ihr eins!

Zumult im Dresdner Rathaus

Sozialdemokrat Tölich lädt die Tribünen räumen
Abbruch der Sitzung

In der geistigen Dresdner Stadtverordnetenversammlung kam es im Verlauf der Plenarsitzung zu kürzlichen Aussendesegungen zwischen der SPD und KPD. Als Genosse Neuhofer bei dem Kapitel „Wohlfahrtsamt“ die ungeheuren Streichungen, die der sozialdemokratische Finanzdezernat vorgenommen, brandmarkte, und dabei eine Anzahl von Fällen, wie das Ortsamt für Kriegsfürsorge in standesamtlicher Weise mit den Kriegsbeschädigten umgeht, bekanntgab, mischten die Sozialdemokraten. Darüber herrschte auf den Tribünen ungeheure Eregung, die sich in einigen Zwischenrufen kundtat.

Der Sozialdemokrat Nöth denuncierte daraufhin dem Stadtverordnetenvorsteher Tölich (SPD) ohne jeden Grund den Kriegsbeschädigten Grenzen.

Das war für den sozialdemokratischen Vorsteher das Signal, kurzerhand die Tribüne räumen zu lassen. Die Sitzung wurde auf kurze Zeit unterbrochen. Nach Wiedereröffnung brandmarkte die kommunistische Fraktion die Handlungsweise eines Sozialdemokraten und verlangte Wiedereröffnung der Tribüne. Tölich (SPD) lehnte dies ab, worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wurde. An diesem Beispiel zeigt sich die ganze Korrumpertheit dieser sozialdemokratischen Gesellen, die ohne den geringsten Anlaß rücksichtslos mit Polizeigewalt die Kriegsbeschädigten von den Tribünen weisen lassen. Unter den Zuhörern herrschte wegen der schauderhaften Haltung der SPD große Empörung.

Wie kommen morgen ausführlich auf die Stadtverordnetenversammlung zurück.

Am 12. Juni ist eine weitere Sitzung der Stadt-Versammlung in Dresden, die inzwischen in die neue Rathauszeit übergetreten ist. Da ihnen die Meldungen der Presse nicht mehr genügen, so auch durch das eigene Sekretariat, so wird ein weiterer einschlägiger Bericht aus dem Jahr 1921, der in einer ersten Sitzung, bereits erörtert, aus dem Jahr 1921, der in einer zweiten Sitzung, bereits erörtert, und fortgesetzt werden.

Am 29. April Platzkasse gekommen. Am 11. Juni in der Mittagszeit wurde von einem Fahrdienst aus dem Weg von der Polizei nach der Polizeihaus ein Auto mit 30 Würfeln Platzkasse „Marie Delicate“ entwendet. Vor Anlauf wird gewarnt.

Zugen zu drei Platzkassenjägern gelangt. Am 30. Mai, gegen 16.30 Uhr wurde eine 20. Jahre alte Arbeitsin die auf ihrem Fahrrad von der Löbauer Straße kommend, vorwichtigmäßig nach links in die Columbiustraße einbiegen wollte, von einem unbekannt gebliebenen Radfahrer, der in südlicher Richtung fuhr, leicht angefahren. Sie fielte zu Boden und erlitt einen leichten Schaden. Der Radfahrer ist ohne sich um das Geschehen zu kümmern, eiligst davonfahren. Ein unbekannter Kraftwagenfahrer hat die Verletzte in sein in Wien nach ihrer Wohnung gebracht. — Am 31. Mai gegen 20.30 Uhr, fuhr ein Privatauto in Löbauer Straße auf der Hubertusstraße an der dort gelegenen Straßenbahnhaltestelle „Ecke Anton- und Kreuzberger Straße“ von dem Fahrdamm von hinten von einem Radfahrer angefahren und am rechten Aufsattel leicht verletzt. Der Radfahrer, der übermäßig schnell gefahren sein soll, kam dabei zu Fall, schwang sich aber sofort wieder auf sein Rad und fuhr in Richtung Kreuzberger Platz davon. — Zur Auflösung der Schuldfrage werden Zeugen der Unfälle oder Personen, die Angaben über die rücksichtslosen Fahrer machen können, gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 149, zu melden.

Die Dauerkarten für die Jahresschau

Der Wert der Dauerkarten für die diesjährige Jahresschau „Die Technische Stadt“ wird dadurch stark vermehrt, daß die Leitung der Jahresschau beachtfügt, den diesjährigen Abonnenten gewisse Vorteile für die Dauerkarten für die nächstjährige Ausstellung 1929 „Reisen und Wandern“ zu gewähren. Im Herbst 1928 werden außer den üblichen Preisen für die Dauerkarten die ermäßigten Preise bekannt gemacht, auf die Dauerkartenläufer Anspruch haben, die beim Kauf einer Dauerkarte für die Ausstellung 1929 nachwiesen können, daß sie im Jahre 1928 ebenfalls eine Dauerkarte besessen haben. Infolgedessen wird schon heute allen Dauerkarteninhabern empfohlen, ihre Dauerkarte für 1928 am Schluss der diesjährigen Ausstellung „Die Technische Stadt“ nicht sofort wegzuwerfen, sondern diese solange aufzuhoben, bis die Dauerkarten für die Ausstellung 1929 verkauft werden.

11 Personen in — drei Räumen

(Arbeiterkorrespondenz)

Seit 1917 bewohne ich Villner Straße 23 im zweiten Stock Stube, Kommerz-Küche (Küche leerstehend). Wir waren der Beginn der Wohnung der Personen. In der Zwischenzeit hat sich bis zum 2. Januar 1928 die Kinderzahl auf acht erhöht, so daß wir zehn Personen in denselben Räumen hausen müssen. Seit 9. 10. 1924 besitzt ich vom Wohnungsamt die Karte mit dem Vermißt: „Unterzubringen“. Trotzdem habe ich bis heute noch keine andere Wohnung erhalten. Inzwischen ist mir am 3. Januar dieses Jahres meine Frau anlässlich einer Zwillingsschwangerschaft gestorben. Die Kinder leben, so daß ich nunmehr Vater von zehn Kindern bin. Auf meine Bitte, die Vergeborenen (zwei Mädchen) an Kindes Statt in gute Hände zu vergeben, die Bitte wurde an das Jugendamt zu Dresden gerichtet, erhielten am 30. 5. 1928 eine „Fürsorgekarte“ und erklärte nach vorhergehender Erörterung u. Bekämpfung der engen Wohnräume, daß es möglich wäre, die Säuglinge in meiner Wohnung vorläufig zu behalten. Ich habe die Dame darauf aufmerksam gemacht, daß die Wände des Zimmers, in denen die Kinder bleiben sollen, feucht und mit Pilzen bewachsen sind. Daraufhin hat die betreffende Frösterin erklärt, daß sie noch schlechtere Wohnungen gesehen habe und auch nicht helfen könnte. Dresden ist die Stadt der Hygiene! Hat Aberiusse für Ausstellungszweck zur Verfügung!!! Der amtliche Anzeiger schreibt viel über den Geburtenrückgang!!! Aber helfen tut nicht einmal das für die notleidenden Kinder geschaffene Jugendamt.

15 Jahre Volksfürsorge

Auf dem Kölner Gewerkschaftslongtrek 1905 beantragten die Erfurter Tabakarbeiter und die Dresdner Bureauangestellten, der nächste Gewerkschaftslongtrek solle sich, evtl. unter Bestellung eines Sachverständigen, näher mit der privaten Volksfürsorge befassen. Wurde dieser Antrag auch abgelehnt, so ist er doch ein Beweis dafür, daß in der Arbeitnehmerchaft frühzeitig Stimmen laut wurden, die die gesamte Öffentlichkeit auf die Art und Weise aufmerksam machten, wie die Volksfürsorge Erziehung von vielen kapitalistischen Versicherungsgesellschaften und deren Agenten betrieben wurde. Die Versicherungswilligen wurden in unzähligen Häusern mit den unläuterlichen Mitteln und den unhaltbaren Versprechungen zu Ablösungen bestimmt, ohne daß Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse genommen wurde. So konnte es nicht ausbleiben, daß ein großer Teil dieser durch Gewaltiwerbung abgeschlossenen Versicherungen infolge Zahlungsunfähigkeit verfiel. Die Versicherer verloren auf die Weise ihre Ersparnisse, und ihr Unmut richtete sich gegen die betreffenden Gesellschaften. Aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft kamen die ersten Anträge für eine Reform der Volksfürsorge. Darüber war man sich klar, daß zu einer grundlegenden Reform der Weg der Selbsthilfe führt. So entstand der Gedanke, ein eigenes Versicherungsunternehmen zu errichten, das die Gewähr einer guten und billigen Lebensversicherung für die Werktagen bot. Ein Werk genossenschaftlicher und gewer-

kschaftlicher Solidarität sollte entstehen. Die eingesehene Studienkommission ging nun daran, dem Gedanken die Tat folgen zu lassen. Der 8. ordentliche Genossenschaftstag in Leipzig und der 8. Gewerkschaftstag in Dresden, beide im Juni 1911, erklärten sich im Prinzip mit der Gründung einer auf paritätischer Grundlage beruhenden Versicherungseinrichtung einverstanden und nahmen einstimmig entsprechende Resolutionen an. Der erste Schritt war getan.

Im Juni 1912 tagte in Berlin der 9. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbands deutscher Konsumvereine. Dort wurde die Vorarbeiten zur Gründung der neuen Versicherungsgesellschaft getroffen. Der anwesende Vertreter der Generalkommision der Gewerkschaften Deutschlands sagte solidarisches Zusammensetzen am gemeinsamen Werke zu. Zum siebten Zeitpunkt sprach der ehemalige Generaldirektor und späterer Präsident Kapp in einer großen Versammlung in Dresden und leitete die heile und Verleumdungskampagne gegen das im Entstehen begriffene Unternehmen ein. Nach vergeblichen Verhandlungen mit dem Amt für Privatversicherung konnte endlich am 16. Dezember 1912 die Gründungsversammlung der

Volksfürsorge

Gewerkschafts-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft stattfinden. Sie des neuen Unternehmens wurde Hamburg. Nachdem am 6. Mai 1913 durch Senatsentscheidung des Amtsfürsorge die Volksfürsorge zum Betrieb der Lebensversicherung im Deutschen Reich zugelassen wurde und im selben Monat die Eintragung in das Handelsregister des zuständigen Amtsgerichts erfolgte, beschlossen Vorstand und Amtsrat, den Geschäftsbetrieb am 1. Juli 1913 zu eröffnen. Am 7. Juli ging der erste Versicherungsantrag im Hauptbüro ein.

Wie alle Zweige der modernen Arbeitersbewegung in den Anfangsjahren ihres Bestehens hart zu ringen hatten, so blieben auch der Volksfürsorge solche Kämpfe gegen ihre Reider und Gegner nicht erspart. Teile der Freiwilligen-Abteilung standen mit „nationalen“ und „christlichen“ Kreisen und nicht zuletzt auch mit „gelben“ Verdächtigen der Volksfürsorge in trauter Harmonie zusammen, um dem jungen Unternehmen das Leben leicht auszufließen. Die Volksfürsorge aber wehrte sich und mit tätiger Teilnahme standen ihr die organisierte Arbeiterschaft und vor allem die Arbeiterpresse zur Seite. 15 Jahre Volksfürsorge, das heißt 15 Jahre Ringen und Kämpfen, heißt Aufstieg eines Arbeitersunternehmens; 15 Jahre Volksfürsorge zeigen aber auch, daß Vertrauen zur eigenen Kraft stets den Erfolg verbürgt.

Die Kriegs- und Inflationszeit brachte der Volksfürsorge neue Hemmungen und ungeheure Raum zu bewältigende Schwierigkeiten; aber zäher Arbeit und schneller Anpassung an die sich fortwährend verändernden Verhältnisse gelang es, auch diese zu überwinden. Die Volksfürsorge war die einzige Versicherungsgesellschaft, die nach Beendigung der Inflation (November 1923) ihren Versicherungsbestand auf die neue Währung umstellen konnte. Seitdem hat die Volksfürsorge große erfreuliche Fortschritte gemacht; mit rund 1 Million Versicherten kommt sie Jahr 1928, in dem sie auf ihr 15jähriges Bestehen zurückblicken kann, eintreten. Gegenwärtig werden monatlich etwa 50.000 Versicherungsanträge beim Hauptbüro in Hamburg eingereicht. Die Geschäftsstelle befindet sich: Dresden-A. 1, Magistratstraße 18 (Telefon 28 426).

Wertvolle Urnenfunde

Kamenz. Bei Grundgrabungen im Gelände der Kamenz-Kaserne wurden verschiedene Urnen ausgegraben. Es handelt sich um drei recht gut erhaltenen Gräber der jüngeren Bronzezeit, deren Gefüße von außerordentlicher Schönheit sind. Sie wurden geborgen und sollen der Zweigstiftung der Gesellschaft für Vorgeschichte in Kamenz übergeben werden.

60 Prozent der Ernte vernichtet

Wünsdorf. Wie der Bericht der meteorologischen Station in B-Leipa über das verflossene Sonntagnachmittag in Nordböhmen niedergeschlagene Unwetter feststellt, wurden durch den furchtbaren Hagelschlag in der Leipziger Gegend 60 Prozent der Ernte an Getreide und Feldfrüchten vernichtet. Das Wüten des Sturmes in den Wäldern veranlaßte eine Meldung aus St. Georgenthal, wonach bei der Weiberbaude unterhalb des Tollensteins 30 starke Bäume umgelegt worden sind.

Einhundertfünftausend

Stimmen wurden am 20. Mai in Ossach für die KPD abgegeben. Arbeiter, Arbeiterinnen brachten durch die Wahl von Kommunisten zum Ausgang, daß sie bereit sind, mit der KPD

für die Befreiung des Kapitalismus zu kämpfen. Dieser Kampf erfordert gute politische und organisatorische Vorbereitung. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse macht alle Anstrengungen, die Arbeiterschaft zu vertreiben, um den Kapitalismus vor der proletarischen Revolution zu schützen. Die Kommunisten müssen den

Einhundertfünftausend die Waffen liefern zur Befreiung vom kapitalistischen Joch. Eine der wichtigsten Waffen im Befreiungskampf der Arbeiterschaft ist

die Arbeitersstimme. Das Proletariat kann für den praktischen Tagessiegen nur durch die kommunistische Presse informiert werden. Sorge durch Werbung für die Arbeitersstimme dafür, daß die Arbeitersstimme in jedem Arbeitshaushalt gelebt wird.

Kollegen im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband!

Am 16., 17. und 18. Juni dürfen ihr nach Aufforderung des Hauptvorstandes das Wahlrecht, das ihr in unserem Verbande habt, ausüben. Ihr sollt einen Stimmzettel abgeben, der durch eine Funktionärversammlung aufgestellt wurde. Die Kandidaten sind nicht nach ihren Fähigkeiten, sondern nach dem Mitgliedsbuch der SPD aufgestellt worden.

Im Verlauf der letzten drei Jahre habt ihr wiederholt die Gelegenheit gehabt, in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen durch Anträge, Anträge und Beschwerden eure Unzufriedenheit mit der Politik unserer Organisation zum Ausdruck zu bringen. Jetzt, da es zur Wahl geht, heißt es aufpassen und nur solchen Kollegen eure Stimme zu geben, die bewiesen haben, daß sie in jeder Beziehung die Rechte der Mitglieder wahrgenommen haben.

Kollegen, lebt euch eure zu wählenden Vertreter genau an!

Denkt an die Frage des Kartoffelvorschusses. Erst kürzlich hat ein Vertreter der SPD im Finanzausschuss der Stadtverordneten sich damit einverstanden erklärt, daß der Vorschlag abgezogen werden soll. Nicht einmal die Vertreter der Bürgerlichen hatten den Mut, eine solche Provokation der städtischen Arbeiter mitzumachen. Sie enthielten sich der Stimme. Nur einzige und allein die Kommunisten haben eure Interessen vertreten, indem sie für Streichung des Vorschusses stimmt.

In den letzten Arbeitskämpfen hat sich, was die Opposition vorausgesagt, vor den Augen der Arbeiterschaft das Schlichtungswesen als Klassinstrument für die Bourgeoisie erwiesen. Das Schlichtungswesen bedeutet Schlichtungsschwund und Fessel der Arbeiterschaft im Wirtschaftskampf. Auch die Gemeindearbeiter haben mit dem Schlichtungswesen die schlechtesten Erfahrungen gemacht. Immer und immer wieder werden sie durch das Schlichtungswesen vom Kampf abgehalten und dadurch um die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen gebracht. Die sozialdemokratischen Führer singen Loblieder auf das Schlichtungswesen, aber hier in Dresden verbreitet man vor der Reichstagswahl, um Stimmen zu fangen, einen Handzettel, der gegen das Schlichtungswesen Stellung nahm. Auf der Landeskonferenz in Jena stimmten auch die Dresdner sozialdemokratischen Vertreter — die sämtlich Kandidaten zum Verbandstag sind — für die Vorschläge des Hauptvorstandes. Der Hauptvorstand, der durch die Dresdner SPD-Kandidaten gestützt wird, erblieb in dem Schlichtungswesen eine im Interesse der Arbeiterschaft liegende Einrichtung und daher fordert er in Anträgen, die auf dem Verbandsstage behandelt werden sollen, einen weiteren Ausbau der Schlichtungsordnung.

Im § 6 des Statuts sind die Ausschlußbestimmungen festgelegt. Der Hauptvorstand fordert in einem Antrage zum Verbandstag eine Verstärkung der bisherigen Ausschlußbestimmungen. Diese Verstärkung richtet sich im wesentlichen nur gegen die Opposition.

Werden die sozialdemokratischen Funktionäre zur Rede gestellt, so bestreiten sie, daß dieser Antrag im wesentlichen der Opposition gilt. Auch der Filialvorsitzende Förster vertrat in der am 5. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung diese Auffassung. Wir stellen jedoch fest, daß man seit langem gegen die Opposition, die nur gewerkschaftsfördernd arbeitet, vorgehen will. Das SPD-Filialvorstandsmitglied Möhler, der gleichzeitig angestellter Unterklassefizier in Dresden ist, will den Ausschluß der Opposition. Es schlug in einer der letzten Vorstandssitzungen vor, einen Antrag an den Verbandstag zu stellen, der es ermöglicht, Kollegen der Opposition, die sich besonders hervortun, ausschließen zu können.

Vor einiger Zeit hat eine Fraktionssitzung der SPD-Gemeindearbeiter stattgefunden. In der Einladung heißt es bereits, „daß die Verhältnisse mit den Kollegen von der KPD immer unerträglicher werden.“ Die SPD-Fraktion beschloß dann auch, in jedem Fall jeden Antrag der Opposition niederzustimmen. Bestätigt das nicht den verschärfsten Kurs des Hauptvorstandes und der Filialvorsitze gegen die Opposition? Und diese besitzen dann auch noch

den Mut, sich in den Mitgliederversammlungen als lokale Gewerkschaftskollegen und Vertreter der Einheitsfront hinzustellen.

Bei der Ausschaltung der Kandidaten zum Verbandstag wurde durch vorherige Fraktionssitzung der SPD der verschärfte Kurs gegen die Opposition festgelegt. Das kam am besten dadurch zum Ausdruck, daß zu den 14 aufzustellenden Kandidaten 12 von der SPD vorgeschlagen wurden und nur zwei von der Opposition in der Funktionärversammlung zugelassen wurden. Eine Mitgliederversammlung, die nach demokratischem Prinzip zur Kandidatausstellung einzurufen werden mußte, ist verhindert worden. Die führenden Kollegen der Opposition sind allen Gemeindearbeitern Dresdens bekannt. Die SPD hat jedoch nur gestattet, daß die Kollegen Gruner und Weidner auf dem Stimmzettel aufgenommen werden. Diese Methoden der Rechtslos-

machung der Kollegen sind auf die Gemeindearbeiter außer acht gelassen. Umso mehr kann man lachen. Es ist deshalb Pflicht jedes Gewerkschaftlers, am Wahlgang die Kandidaten der SPD zu kritisieren, während der Kollegen Gruner und Weidner schon zu lange und die Namen Wagner und Lade handchriftlich auf dem Stimmzettel hinzuschreiben.

Die Kollegen der Opposition haben eine Reihe von Anträgen gestellt. U. a.: die Arbeitzeit auf 48 Stunden, den Krankenlehn auf 100 Prozent festzulegen; der Urlaub für alle Arbeiter beträgt mindestens 12 Werktagen; Ruhelehn für alle Arbeiter ohne Beitragsleistung und ohne Abrechnung der Sozialversicherung auf 80 Prozent des Lohnes; Überarbeiten sind grundsätzlich verboten, wo notwendig, nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung und grundsätzliche Abreiterung; Juichlöge: an Sonn- und Feiertagen 100 Prozent; Überstunden 50 Prozent; Nachzuschlag 50 Prozent; größeres Mitbestimmungsrecht der Mitglieder, insbesondere bei Beitragsabnahmen, bei Anstellung von Angestellten und sonstigen Wahlen. Ferner Anträge, die gegen das Schlichtungswesen Stellung nehmen und Anträge zum Statut, die verlangen, daß die Organisation sich bekennt zu einem Verband, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Alle diese Anträge liegen im Interesse der Gemeindearbeiter und nur die Opposition tritt für die rücksichtslose Durchsetzung der Anträge auf dem Verbandsstage ein.

Aus diesem Grunde geht jeder Gemeindearbeiter am 16., 17. oder 18. Juni zur Wahl.

Alle zur Wahl! Keiner darf fehlen! Stimmt gegen Wirtschaftsdemokratie, gegen Schlichtungswesen! Für revolutionäre Gewerkschaftspolitik! Für den Klassenkampf! Alle Stimmen der Opposition!

Wählt nur die Kollegen

Gruner, Weidner, Lade, Wagner

Metallarbeiter!

Am 1. Juli sollt du bei der Wahl der Delegierten zum 18. Verbandstag entscheiden, ob die SPD-Politik der Unterwerfung unter das Schlichtungswesen im Verband fortgesetzt werden soll. Bist du Gegner des Schlichtungswesens, dann mußt du der Opposition deine Stimme geben. Denn nur sie lämpft dagegen. Alle Mitglieder des DMB stimmen darum für die Liste B, beginnend mit den Namen

Karl Beyer, Walter Rohde, Albin Zeiler.

Funktionsenthebung oppositioneller Mitglieder durch die Holzarbeiter-Verbands-Bureaucratie

Die Ortsverwaltung Berlin des Holzarbeiterverbundes hat das Ausschlußverfahren gegen die Genossen Ulbricht und Kieser beantragt, weil diese Genossen „im Sinne der illegalen Gewerkschaftsopposition eine besonders aktive Tätigkeit in Versammlungen und Zusammenkünften von Mitgliedern entfalten“. Das „Verbrechen“ der Genossen besteht darin, daß sie in der Generalversammlung des wichtigsten Holzarbeiterbezirks Berlin-Osten 2, gegen die wirtschaftsfriedliche Politik der reformistischen Bureaucratie Stellung genommen haben und trotz der Verleumdungen durch die sozialdemokratischen Funktionsträger als Mitglieder der Bezirkskommission und als Generalversammlungsdelegierte gewählt wurden. Der Bevollmächtigte der Berliner Ortsverwaltung Boese versuchte in dieser Versammlung, die Körde-Politik der Tarnow und Co. zu verteidigen, kam aber dabei unter den Schüssen. Die oppositionelle Mehrheit soll nun dadurch zerschlagen werden, daß die Ortsverwaltung entgegen dem Willen der Mitglieder die Genossen Ulbricht und Kieser nicht bestätigte und das Ausschlußverfahren beantragte.

So hat es die sozialdemokratische Fraktion des Bezirks Osten beschlossen und der Hauptvorstand des DHB hat das Ausschlußverfahren eingeleitet.

Die sozialdemokratische Fraktion in der Ortsverwaltung der Zabotelle Berlin des DHB begründet den Ausschlußantrag mit der Tätigkeit der Genossen „im Sinne der illegalen Gewerkschaftsopposition“. Zum ersten ist die Opposition nicht illegal, sondern die Opposition ist derart legal und vertritt derart offen ihre Meinung, wie es die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion auch tun. Der Unterschied ist nur, daß die Opposition die Mehrheit der Mitglieder hinter sich hat, während die sozialdemokratische Fraktion in der Widerheit war und die bisherige sozialdemokratische Bezirkskommission von den Mitgliedern abgesetzt wurde. Es ist charakteristisch, daß die sozialdemokratische Ortsverwaltungsnorm nicht einmal versucht, die „verbandsfähigende Tätigkeit“ der Genossen zu bemerken. Bekanntlich sind alle Arbeiter, die gegen die Koalitionspolitik, gegen die Tätigkeit des Kollegen Tarnow im Reichswirtschaftsrat, gegen die Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung und Wirtschaftspolitik durch die Bureaucratie des Holzarbeiterverbandes auftreten, „im Sinne“ der Opposition tätig. Die Begründung der Ausschlußmaßnahmen gegen die Genossen Ulbricht und Kieser bedeutet in der Konsequenz, daß nur Anhänger der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschafts- und

Koalitionspolitik Gewerkschaftsfunktionen ausüben können. Die freien Gewerkschaften sollen zu Hilfsorganisationen, zu den Hauptstühlen der sozialdemokratischen Koalitionspolitik gemacht werden. Diese Tatsache zeigt die außerordentliche Bedeutung dieser Ausschlußmaßnahmen für alle Gewerkschaftsmitglieder. Es geht um die Frage: Sollen die freien Gewerkschaften Klassenkampforgane sein oder Organe zur Förderung der kapitalistischen Wirtschaft, die die Interessen ihrer Mitglieder durch Interessenarbeit mit den Klassefeinden des Proletariats vertreten“.

Wir sehen, daß die Propaganda der amerikanischen Ausbeutungsmethoden, die Agitation für das Ford-System durch die Tarnow u. Co. zu denselben Konsequenzen führt, wie in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Ebenso wie die amerikanischen Gewerkschaften die Lage der Arbeiter im Rahmen des Kapitalismus angeblich verbessern wollen und die Gewerkschaftsorganisation sich in den Dienst der kapitalistischen Wirtschaft durch Mithilfe bei der Steigerung der Arbeitsleistung stellen, so soll es auch in Deutschland werden. Dementsprechend wurde auch auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Kiel als Aufgabe der Gewerkschaften „die Regelung der Organisation der kapitalistischen Wirtschaft“ bestimmt. Diese zunehmende Verknappung des Gewerkschaftsapparates mit dem kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat, die Streitkampfpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer trägt mir zur Verstärkung der Opposition in den freien Gewerkschaften bei. Damit der Gewerkschaftsapparat zur Durchführung der wirtschaftsfriedlichen sozialdemokratischen Politik möglichst reibungslos eingesetzt werden kann und die „Gefahr“ möglichst beseitigt wird, daß die Arbeiter mit Hilfe der Gewerkschaftsorganisationen den Kampf gegen die Koalitionspolitik führen, sünden die Tarnow u. Co. rücksichtslos den Gewerkschaftsapparat und werfen die Anhänger der Opposition aus den Verbänden.

Die außerordentliche Bedeutung der Ausschüsse aus dem Holzarbeiterverband macht es notwendig, daß die Arbeiter in allen Betrieben, Gewerkschaften und öffentlichen Versammlungen gegen den Terror der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaucratie Stellung nehmen und sich für eine revolutionäre Klassenkampfpolitik der freien Gewerkschaften und für die Politik der Gewerkschaftsopposition entscheiden.

Bronninenreiche Redaktion: für Inter- und Außenpolitik: Rudolf Kerner; für soziales, Gewerkschaftliches, Sport und Freizeit: Richard Spengler; für den Internen: Alfred Hülser; Redaktion: Berlin; Verlag: Dresdner Verlagsanstalt — Druck: „Vivace“ Dresdner Buchdruckerei Dresden

EJUS

ROMAN VON LAWRENCE H. DESBERRY

(17. Fortsetzung.)

Tommy pfiff leise zwischen den Zähnen. „Ganz so einfach büste das denn doch nicht sein. Wie heißt der alte?“

Nicht einmal das können wir dir sagen. O'Keeffe, beschreibe Sie Tommy den alten Mann so genau wie möglich.“

O'Keeffe gehorchte, und der Bursche hörte mit gespannter Aufmerksamkeit zu.

„Weshalb soll ist den alten Idioten unbedingt finden?“ erfuhr er sich schließlich und schoß das Stük Kaugummi, an dem er während O'Keeses Schilderung unentwegt gekaut hatte, von der rechten in die linke Wange.

„Weil wir glauben, daß an ihm ein Verbrechen begangen wurde,“ erklärte O'Keeffe.

„Stehen Sie dahinter?“ fragte Tommy und blieb Horweg Word an.

„Das ist sehr möglich,“ entgegnete dieser düster. „Sie stehen hinter den meisten Verbrechen, unmittelbar oder mittelbar.“

Aber war Tommy Feuer und Flamme. Sie bedeute für Horweg Words gelehrt Schüler des Indegeff allos Bösen, den Ku-Klux-Klan, die Handelskammern, die Better-America-Federation, die American Legion, die Minutemänner, kurzum all jene, denen ihr Reichstum oder das Vermögen der sie finanziierenden Plutokraten alle Verbrechen ermöglichen, angefangen beim Raub auf der Börse bis zur Verkleppung und zum Mord.

„Gegen wen muß ich aufkommen?“ fragte der einstige Taschendieb mit gerunzelten Brauen.

„Auch das wissen wir nicht mit Bestimmtheit,“ erwiderte Word.

„Vielleicht gegen Henry Bright,“ warf O'Keeffe ein.

Tommy nickt einen schnellen Pfiff aus: „Das nenne ich einen gleichwertigen Gegner! Den reichen Mann von New York! Da werde ich meinen Geist etwas anstrengen müssen.“

Und Tommy „strenge seinen Geist an“; aber nicht nur seinen Geist, sondern auch seine Füße. Der einstige Taschendieb suchte unermüdlich alle ihm bekannten Spelunken und Schlä

auf, wartete Stundenlang in unheimlich ausschenden dunklen Gängen auf alte Bekannte aus seinem früheren Leben, drang, unterstützte von seiner ans Gemale grenzenden Frechheit, sogar in jene Häuser ein, die vom Gesetz verboten, unter der väterlichen Obhut einer bestohlenen Polizei blühten und gediehen. Der lustige, übermüdige Bursche wurde überall gut aufgenommen, denn Tommy war ein äußerst „anständiger“ kleiner Dieb gewesen, der seine Beute häiderlich mit den weniger begünstigten Kollegen geteilt und nie einen Freuden vertraten hatte. Die einstigen Kollegen versprachen ihm ihre Hilfe, und vierzehn Tage hindurch suchten etwa sechzig „unterirdische Menschen“ nach einem alten Mann, der seinen Namen nicht wußte und nicht die Straße und das Haus, wo er wohnte. Vergleichlich.

„Gib es auf, Tommy,“ sagte Word. „Du bist von dem ewigen Herumhegen mager geworden wie eine Katze und ruhst dich nicht einmal mehr das Nachts aus. Ich höre dich durch die Wand unentwegt im Schlaf sprechen. Der alte Mann dürfte gar nicht mehr in Neuyork sein. Gib es auf.“

Tommy warf trocken den lockigen Kopf zurück und seine grauen Augen funkelten zornig.

„Ich habe noch nie im Leben etwas aufgegeben!“ erklärte er prahlreich. „Werde den alten Idioten finden, wenn er noch über der Erde ist!“

Am gleichen Abend traf Tommy mit einem Busenfreund fröhlicher Tage, einem berüchtigten Einbrecher, zusammen. Auch dieser, Sim, hatte sich bereit erklärt, Tommy beizustehen, doch waren seine Bemühungen bisher ebenfalls erfolglos geblieben. Die beiden verglichen die Spuren, die sie während der letzten Tage verfolgt hatten. Sim sagte unvermittelt: „Weißt du, daß der Grohoater wieder da ist?“

„Woher weißt du das?“

„Nelly sagte es mir heute.“

Tommy stieg einen Seufzer der Erleichterung aus. „Jetzt werde ich den alten Idioten finden. Der Grohoater wird guten Rat wissen. Wohnt er noch immer im gleichen Hause?“

„Ja.“

Tommy nahm Abschied von seinem Freund, begab sich nach der nächsten Telephonzelle und benachrichtigte Word davon, daß er höchstwahrscheinlich die Nacht nicht heimkommen werde. Horweg möge sich keine Sorgen machen. Dann irrte er mit großen Schritten der Wohnung des Grohoaters zu.

Der Grohoater war die Vorstellung all jener die von der Polizei gesucht wurden, sein Heim der Ausflugsort für Ver-

brecher, für Politische, die verfolgt wurden, entsprungene Zuchthäusler. Der alte Mann stellte an die Menschen, die hilfesuchend zu ihm kamen, nur zwei Fragen: „Bist du ein Feind der Gesellschaft? Schädigst du sie?“

Antwortete der Betreffende mit einem „Ja“, so nahm ihn der Grohoater auf, sorgte für ihn, als ob er sein Sohn gewesen wäre.

Der Grohoater saß stets in einem Rollstuhl, denn er war als junger Mensch durch einen Sturz vom Gerüst an beiden Beinen gelähmt worden. Die ewige Zimmerluft hatte sein Gesicht gebleicht, so daß es wie altes Elternheim aussah. Aus dieser gelblichen Weise funkelten unter buschigen Brauen wilde, schwarze Augen hervor. Das lang herabhängende weiße Haar verließ dem alten Mann etwas Prophetenhafses, und diesen Umstand nützte er weidlich aus, um vor der Welt seine Respektabilität zu betonen. Auch die Stube, in der er sich tagsüber aufzuhalten pflegte, war auf diesen Ton abgestimmt. An den Wänden hingen fromme Bilder: „Abraham seinen Sohn Isaak opfernd“, „Rebekka am Brunnen“, „Die Kreuzigung“; auf dem runden, mit einer roten Blühdose verhüllten Tisch lag eine große Bibel. Der Pfarrer der St.-Markus-Kirche suchte zweitweise den Grohoater auf und ironisierte über die erstaunlichen Reden des alten Mannes; ja, er hatte ihn sogar einmal in einer Predigt als Beispiel eines jugendhaften echten Christen angeführt, der gleichzeitig gottergeben sein schweres Los trug. Hätte der ehrwürdige Bischof Silly die mächtige Schranktür an der einen Wand des Zimmers geöffnet, die nicht in einen Schrank, sondern in eine zweite Stube führte, so würde er eine bittere Enttäuschung erleben haben. In diesem Raum würde die Beute des Diebe und Einbrecher aufbewahrt, bis sie gefaßt und an den Mann gebracht werden konne, hier lärmten sich verbotene politische Flugblätter und Brochüren der I.W.W. und aller illegalen revolutionären Parteien, hier verbrachte Wochen, ja sogar Monate, bis es gelang, ihn fortzuhüten. Der Grohoater lebte gehörte keiner Partei an; als ganz junger Bursche hatte er in Chicago gearbeitet, sich dort den Anarchisten angegeschlossen, Louis Linggs gefangen. Auch heute noch war er anarchistisch eingeholt; er glaubte nicht recht an eine Klassenbewegung, für ihn gab es ein einziges Prinzip: diese Gesellschaft schädigen, auf jede erdenkliche Art, untergraben, zerstören.

(Fortsetzung folgt.)

A Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Dresden u. Umg. A

DR.-FRIEDRICHSTADT

Arbeitsbücher
Manufactur- und Wollwarenhaus
Richard Wermann, Weigelsgäßchen 20
63060

Josef Müller's Restaurant
Gärtnerstraße 24
63068

MÖBEL-FABRIK
Nichter & Mühler
Ausstellungsume
Weberstrasse 24 v. Ecke Friedenstr.
63101

H. Arweiler / Inh.: M. Ruffert
Woll- u. Weißwarengeschäft
Schäferstraße 56
63100

Brandenburger Hof
Berliner Straße 26, Ecke Peterstraße
Karl Wegel — Fernruf 22076
63110

Zigarrenhaus MAX PRANKE
Schillerstraße 49
63274

Apotheker Hans Steinbach
Schiffstraße, Ecke
Drogerie Managerstraße Drogerie
63448

Textilwaren
Hedwig Dittrich, Schillerstraße 43
63149

Konditorei und Bäckerei
Oskar Schulze, Vorwerkstraße 15
H. Torten, Desserts und Kuchen
63450

Otto Lecker
Schreibwaren, Tabakwaren,
Zeitschriften / Fröbelstraße 12
63169

DRESDEN-JOHANNISTADT

Heinrich Wietfeld, Dillner Straße 25
Trifolien und Strümpfe
63162

Alle Sorten
Brennmaterial
liefern M. Wolf & Otto
Hopfenstraße 19
63063

Roßschlächterei
Edu Schuster
Schank- und Speisewirtschaft
Johannes Schuster, Elbberg 10
63065

SANITÄTHAUS
Max Thierfelder
Hilfinger Straße 19
Größtes Lager hygienischer und sanitärer
Gummilagen / Dauerwäsche "ZELIDA"
bei billigsten Preisen
63440

Tanzpalast Blumensäle
63447

J.UYS
Gruner Straße 21
Sollinger Stahlwaren
und Schleifer
Firma borgt t. Qualitätswaren
u. saubere Ischgemüse Arbeit
63443

D. Rosenkranz
Dürerstraße 2
Herren-
Mätschnedler
62954

Elektro
H. E. Schmidt
Bänkischplatz 14
Radio
62956

Neue
und gebrauchte
Möbel
preiswert bei
Peschel
Neue Gasse 13
62957

DRESDEN-STRIESEN

Verkauf und Reparaturen von Uhren
Gustav Loose, Markgräfler-Heinrich-Str. 13
63014

Curt Hänel
Fleischerstr. Mark-
gräfl.-Heinrich-Strasse
Ecke Altstädter
63015

Otto Denze / Büttner 7
Schuhreparaturen tolld u. preiswert
62957

Ratskeller
Altstädter 10
62958

Fahrräder
Reparaturen
Anzahlung 10 RM
Wochentag 3 RM
J. Kubis, Schandauer Straße 59
63019

Strumpf- Hoifmann
Hohe Str. 10
Strümpfe, Wollwaren
Trikotagen, Herrenartikel
63020

Fahrräder
(Diamant, Mars, Triumph)
Günter Schmidt, Aufzehrgergasse 12
63023

TABAKWARENHAUS FRANZ LEHMANN
Angerger Str. 27, Ecke Littmannstr. Zweig-
geschäft, Witthausweg 21
63024

DRESDEN-LAUBEGAST

Meißner Restaurant, Gute Kneipestrasse für
alle Arbeiter. Alte Reitsche, Kneipestrasse 1
63025

**Uhren / Gold- und
Silberwaren**
GUSTAV SMY
Moritzstr. 10 / Telefon 20326
63037

Tabakwaren - H. Füllie Moritzstr. 15
Ecke Schillerstr.
63038

Treffo
aller KPD- und RPB-Mitglieder
Im Restaurant „Zum Hasen“
Fischholzplatz 1
63039

Dresdner Fischhallen
Webergasse 17
Ecke Quergasse, vom Altmarkt aus links Seite
63042

Dr. Johs. Maas & Co.
Judenhof 3
Spiritus aller Art / Spezial-Kräuterbitter
63180

Lederjohlen, Lederabfälle kaufen man
billig bei G. Uhlig Nachf.,
Weiße Gasse 5, Ecke Große Brühngasse
63187

Ein Stück!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Rich. Wölfert, Dresden-Alt.
Gruner Straße 21, II.
63447

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

Eine Sache!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Blazer, einfach,
Stulpen, für
91.91.29. — an-
fertigen lassen,
da ich für guten
Sieg nach reich
Modellen ga-
rantiere.

DRESDEN ALTSTADT

Residenz-Rüffet u. Konditorei
Sachs & Co., Seestraße 7
63444

Gustav Silbner, Friseur,
Röhrholzgasse 24, Ecke Littengasse / für Erwachsene,
Alters- und Invaliden-Rasierscherdes 60-65
63449

MÖBEL-HESSE Rosenstraße 45
Teilzahlung — Eigene Werkstatt
63040

Dresdner Keks- und Waffelbäckerei
BRUNO JOHNB
Dresden-Dobritz
empfiehlt ihre Qualitätswaren!
63040

Schirmers Restaurant, Fischholzplatz 14
Verkehrshotel von Rotfront und allen
organisierten Arbeitern
63041

Kreditbank Freudenfels
(früher Ittmann)
Pirnaische Straße 2, I.
Möbel Konfektion
Requeme Bedingungen
63154

Obst- und Beerenweine
überall selig
Spezialauswahl in
Domath's
Obstweinschänke
Lockwitzgrund
63218

Ackermann & Lesser
Große Brüdergasse 20, I.
Instrumenten-Fabrik
Spezialität:
Schallmeien / Trommeln
und Pfeifen
63141

DRESDEN-LOBTAU

Der gute Trunk
Reisewitzer Bier!
63188

Nacke-Pralinen
stets frisch, gut und billig
Elchendorf, Ecke Löbecker Straße
63176

Restaurant „Zum Heiteren Blick“
Inhaber E. Henker / Löbecker Straße 91
Ausschank Reisewitzer Bier
63175

Restaur. „Zur Deutschen Eiche“
Inhab. E. Kolle, Tharandter Straße 46
Verkehrsort der
Arbeiterschaft von Löbtau
63174

Restaur. „Zur guten Quelle“
Inhaber E. Schröder
Frankenberg-Ecke Reisewitzer Str.
Aufenthaltsort für alle Löbtauer
Arbeiter / Gut gepflegte Biere
63173

Zigarren- und Zigarettenhaus
MAX GLÖCKNER
Kesselsdorfer Straße 60 und 67
63172

Möbellager, Lederwaren
Fr. Raul, Kesselsdorfer Straße 75
Sattler und Polster
63171

Ernst Brölz, Reisewitzer Straße 60 Friedens-
kirche / Körz-, Woll- und Schnittwaren
63078

Restaurant Gustav Schröter
Kronprinzenstraße Erste Heimdorfer Straße
63225

Schuhreparatur u. Lederhandlung
Bruno Gräber, Collebauer Straße 22
63177

Fabrikation
feiner Fleisch- und Wurstwaren
Arthur Ehleme, Oderwiger Straße 1
63178

Schuhhaus Kujau, Borsigstraße 3
Reparatur / Nacharbeit / Lager
63179

Drogen, Farben, Kolonialwaren
Walter Leonhard, Benrather Straße 26
63180

Zigarrenhaus
H. Winkler
Am Bahnhof Cotta
63177

Zigarrenhaus
Teuber
Penziger Straße 21
63177